

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3 Mark pro Quartal, 10 Mark pro Jahr, 30 Mark pro Jahr. Einzelhefte 20 Pf. Sonntagsausgabe 10 Pf. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. In die Post-Zeitungen werden keine Anzeigen für den Verkauf von Waren und Dienstleistungen angenommen. Die Redaktion ist für die Rückgabe von Briefen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Rückgabe von Briefen nicht verantwortlich.

**Die Interflons-Gebühr**  
 Erhöht für die Interflons-Gebühr über deren Raum 20 Pf. für politische und gesellschaftliche Streit- und Berichterstattungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt alle Anzeigen, die nicht unter die obigen Rubriken fallen, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Briefe über 10 Zeilen haben zahlen für zwei Seiten. Beiträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Redaktion abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Dienstag, den 13. April 1915. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Erfolgreicher deutscher Vorstoß in Nordpolen

## Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12. April 1915. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

In den Argonnen scheiterten kleinere französische Angriffe.

Zwischen Maas und Mosel war der Sonntag verhältnismäßig ruhig. Erst in den Abendstunden setzten die Franzosen zum Angriff auf die Combres-Stellung an; nach zweistündigem Kampfe war der Angriff abgeschlagen. Im Walde von Milly und im Priesterwalde fanden tagsüber örtlich beschränkte Nahkämpfe statt, in denen wir die Oberhand behielten. Ein in der Nacht erneut einsetzender Angriff wurde abgewiesen.

In Erwiderung des am 5. April erfolgten Bombenabwurfs durch feindliche Flieger auf die offene, außerhalb des Operationsgebietes liegende Stadt Müllheim, bei dem drei Frauen getötet worden sind, wurde Nancy, der Hauptort der Befestigungsgruppe gleichen Namens, von uns ausgiebig mit Spreng- und Brandbomben belegt.

Nach Aussage französischer Offiziere sind die Kathedralen Notre Dame in Paris und in Troyes, sowie hervorragende Staatsgebäude, wie Nationalbibliothek, Kunstgebäude, Invalidengebäude, Louvre usw., mit militärischen Einrichtungen wie Scheinwerfern, drahtlosen Stationen, Maschinengewehren versehen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei einem Vorstoß von Mariampol in östlicher Richtung nahmen wir den Russen 9 Offiziere, 1350 Mann sowie 4 Maschinengewehre ab. Nordöstlich von Lomza warfen die Russen auf Wurmmaschinen Bomben, die nicht plakten, sondern langsam ausbrennend erstickende Gase entwickelten. Die in der Presse amtlich gemeldete Verstümmelung eines russischen Unteroffiziers in Gegenwart deutscher Offiziere bedarf als grobe und sinnlose Lüge keiner weiteren Erörterung.

Oberste Seeresleitung.

### Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 12. April. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: 12. April 1915, mittags:  
 Die allgemeine Lage ist unverändert.  
 In Russisch-Polen und West-Galizien stellenweise Geschützkampf.  
 An der Karpatenfront wurden im Waldgebirge, besonders in den Abschnitten östlich des Hsoler Passes, mehrere russische Angriffe unter großen Verlusten des Feindes abgewiesen, in Summe 830 Mann gefangen.  
 In Südost-Galizien und in der Bukowina vereinzelte Geschützkämpfe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofner, Feldmarschallsleutnant.

### Vom westlichen Kriegsschauplatz.

#### Der französische Tagesbericht.

Paris, 11. April. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von heute nachmittag. In Belgien, an der Aisne und in der Champagne fanden Artilleriekämpfe statt. Man bestätigt die gestern abend gemeldeten Fortschritte zwischen Maas und Mosel. Im Mortmare-Wald dehnten wir die eroberte Front gegen Osten durch Einnahme neuer Schützengräben aus; wir warfen mehrere Angriffe zurück. Im Le Prêtre-Wald erzielten wir Fortschritte an einer Quart en réserve genannten Stelle. Wir erbeuteten ein deutsches Maschinengewehr. Schnee, Regen und Wind wüteten den ganzen Tag über.

Paris, 11. April. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Sonntagabend: Nördlich Albert unternahmen die Deutschen in der Nacht vom 10. zum 11. auf beiden Ancre-Ufern einen Angriff gegen unsere Schützengräben von Samel und im Walde von Thiepval. Der Angriff

wurde nach einem Nahkampf zurückgeworfen. In den Argonnen spielte sich während der ganzen Nacht ein sehr lebhafter Kampf ab, wir zerstörten ein Blockhaus des Feindes, nahmen dreihundert Meter Schützengräben und behaupteten unseren Gewinn trotz zweier deutscher Gegenangriffe. Zwischen Maas und Mosel wird aus den Gebieten von Eparges und Combres seit unserem Erfolg vom 9. April keine Infanterieaktion gemeldet. Im Walde von Milly brachte uns ein am Abend des 10. April vorgetriebener Angriff in den Besitz einer neuen Reihe von Schützengräben. Im Walde von Mort-Mare gelang es den Deutschen, in der Nacht die Schützengräben zurückzuerobern, welche sie im Laufe des Tages verloren hatten. Aber die Stellungen, welche wir am 8. April eroberten, bleiben vollkommen in unserem Besitz. Im Le Prêtre-Walde am Westrande an einem Quart en réserve genannten Orte brachen zwei heftige feindliche Gegenangriffe unter unserem Infanterie- und Artilleriefener zusammen. Unsere Flugzeuge warfen 155 Geschosse auf den Seebahnhof und die Sieberei von Brügge.

### Die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Ein Berichterstatter der „Neuen Züricher Zeitung“, Dr. Max Müller, hat die deutschen Gefangenenlager in Tours, Vireux, Fribourg, Poitiers und Cholet besucht. Sehr anerkennend spricht er sich über die Behandlung der Gefangenen, über die Kost und die gesundheitlichen Einrichtungen der Gefangenenlager aus. In den Lagern sind je 500 bis 2000 Gefangene untergebracht. Jeder Gefangene erhält bei seiner Ankunft zwei Hemden, Schuhe, bei Bedarf auch Unterleibung und neue feldgraue Kleider, die von deutschen Militärärzten angefertigt werden. Geldsendungen für die Gefangenen werden ihnen ratenweise ausgezahlt und zu Anschaffungen verwendet. Mit den Paketen aus der Heimat können die Gefangenen, die auch sonst ausreichende Kost erhalten, ihre Lage noch verbessern. Das Verhältnis zu dem Aufsichtspersonal ist nach der Schilderung Dr. Müllers das denkbar beste. Fluchtversuche werden mit einem Monat Gefängnis bestraft.

### Wo steht der „Hauptfeind“?

Die letzten Tage haben eine Reihe beachtenswerter Äußerungen in der liberalen Presse gebracht, die in innerem Zusammenhange stehen mit den von uns vor kurzem besprochenen Erörterungen der konservativen Presse über Krieg, Diplomatie und Politik und zum Teil auf sie unmittelbar Bezug nehmen. In der Montagsnummer des „Berliner Tageblatts“ äußert sich Theodor Wolff über die Erörterungen, die jetzt namentlich in der konservativen Presse darüber geführt werden, „wer der wirkliche, der „Hauptfeind“ unter unseren Feinden“ sei.  
 „Man strebt danach — schreibt er —, die politische Leitung des Krieges und die spätere Friedensgestaltung auf eine ganz bestimmte Linie zu drängen und für eine lange Zukunft eine Situation zu schaffen, die den Anschauungen mancher Kreise entspricht. Um es klarer zu sagen: die Feindschaft mit England wird, wie die Würfel auch fallen mögen, als ein dauernder Zustand vorausgesetzt, und in scheinbar logischer Folgerung taucht, einstweilen noch nebelhaft fern, die Idee der Versöhnung mit Rußland auf. Dazu ist nötig, daß man einem würdigen, friedensheuschüchtern Rußland goldene Brücken baut, es nicht zu sehr zu schwächen, seine Schwäche nicht voll auszunutzen sucht.“

In ähnlichem Sinne wendet sich H. v. Gerlach in der „Welt am Montag“ gegen diejenigen, die das Wort General v. Clausewitz, der Krieg sei nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, jetzt als Losparaphrase für ihre politischen Sonderwünsche brauchen.  
 „Im Sinne dieser Gedanken wird in der letzten Zeit ein förmlicher und, wie es den Anschein hat, geradezu planmäßiger Feldzug in einer Reihe rechtsstehender Organe geführt. Unter Berufung auf die Autorität von Clausewitz macht man, mehr oder weniger offen, Stimmung für Verständigung mit dem Osten zu machen, um sich mit heller Wucht gegen den Westen wenden zu können. Separatfrieden mit Rußland! Kampf auf Leben und Tod gegen England! Das ist des Pudels Kern. Mit anderen Worten: Herr v. Saffers Hahngesang wird, fundamementiert auf Clausewitzens Kriegsphilosophie, zum Leitmotiv der gegenwärtigen und kommenden deutschen Politik erhoben.“

Beide oben zitierten Schriftsteller sind darin einig, daß man sich unter allen Umständen gegen einen Separatfrieden mit Rußland wenden müsse. Theodor Wolff begründet das folgendermaßen:

„Das russische Volk ist — wobei wir die Nordbremer nicht mitrechnen — vielen von uns lieber, als der engberzig und eifersüchtig herumtschielende Durchschnittsbewohner manch anderer Länder, der seine trodene Seele mit etwas mehr Kulturfetzen überhängt. Aber eine Freundschaft mit einem ungeschwächten Rußland kann nur zu Enttäuschungen und Demütigungen führen, denn der natürliche russische Eroberungstrieb geht, wie die Dardanellendiskussion deutlich darthut, über alle Freundschaften und Brüderschaften hinweg.“

Eine andere Note trägt zunächst H. v. Gerlach in seine Zurückweisung der Idee eines Separatfriedens mit Rußland hinein:

„Daß es an sich verhältnismäßig leicht wäre, gerade zwischen Deutschland und Rußland einen für beide Teile annehmbaren Frieden zustande zu bringen, liegt auf der Hand. Nach den ethnographischen Verhältnissen in der Grenzgebiete kann für keinen von beiden Teufen die Aussicht auf Landwerb besonders verlockend erscheinen. Aber Rußland und Deutschland lassen sich in diesen Weltkriege nicht isolieren. Ob Rußland sich unter Umständen von seinen Verbündeten emancipieren würde, ist seine Sache. Unsere Sache ist es jedenfalls, zu unseren Verbündeten zu stehen. Wir sind solidarisch mit Oesterreich-Ungarn und der Türkei. Wenn etwas überhaupt von vornherein aus unserem Vorstellungskreise auszuschneiden hat, so der Gedanke, wir könnten uns mit Rußland vertragen, um nach dem Westen freie Hand zu bekommen, ohne daß gleichzeitig Rußland auch Oesterreich-Ungarn und der Türkei unter Bedingungen den Frieden bewilligt hätte, die diese Staaten annehmen können.“

Sein Hauptargument gegen einen Separatfrieden mit Rußland ist aber doch folgendes:

„Die mit unansprechlich scheinende Konsequenz eines Separatfriedens mit Rußland wäre die Herstellung eines Ostblocks gegen den Westblock.  
 Vor den innerpolitischen Folgen eines solchen Zusammengehens der Ostmächte will ich in diesen Zeiten des Bürgerkriegs nicht reden. Nur darauf möchte ich hinweisen, daß sich die Sozialdemokratie am 4. August mit den anderen Parteien in Reich und Glied stellen konnte, weil die Korole erging: Wider den Jazismus! Das war das Wort, das das



ganze Volk zusammenschweißte. Stände am Ende des Krieges ein Bündnis mit dem Pazifismus, so mühte ein Miß durch unser Volk gehen.

Außerpolitisch würde der Blod der Ostmächte gegen die Westmächte ein Betrüben ohne Ende bedeuten. Ein Friedenszustand, der in Wahrheit eine einzige Vorbereitung auf den Kriegszustand wäre.

Wir möchten an dieser Stelle davon absehen, an diesen Worten, soweit die Haltung der deutschen Sozialdemokratie in Betracht kommt, Kritik zu üben. Wichtiger erscheint uns die Begründung eines Separatfriedens mit England, die H. v. Gerlach der Parole eines Separatfriedens mit Rußland entgegensetzt.

„Wenn gewisse Kreise bei uns sich für einen Separatfrieden mit dem Osten erwärmen, so muß ich sagen, daß, wenn man überhaupt einen Separatfrieden für wünschenswert hält, dann wahrhaftig England eher in Betracht käme als Rußland.“

Es ist jetzt nicht der Augenblick, wo man unbefangenen über die Gründe des Krieges und das Maß von Schuld diskutieren kann, das die einzelnen Völker und Regierungen daran trifft. Aber selbst wer das Maß Englands noch so groß bemißt, sollte doch nicht übersehen, daß man es bei den Engländern weder mit kleintlichen Kräften noch mit aufgeregten Gefühlsmenschen, sondern mit großzügigen Kaufleuten zu tun hat. Mit denen muß man sich im geeigneten Augenblick verständigen können. Mit denen muß eine dauernde Verständigung möglich sein. Denn keiner weiß besser als der Kaufmann den Segen des Friedens zu schätzen.

Zusammenfassend erklärt dann Gerlach: „Verständigung mit Rußland bedeutet Rüstungsfieber und Kriegsgefahr in Permanenz. Verständigung mit England bedeutet Unangreifbarkeit für uns und damit dauernden Weltfrieden.“

So sehr wir es zu würdigen wissen, daß in diesen Ausführungen der wüsten Englandshege und der Stimmungsmache für einen Separatfrieden mit Rußland entgegen gewirkt wird, so wenig können wir es als zweckentsprechend erachten, daß die — von ihrem Standpunkte aus konsequente — Parole der Freunde eines Separatfriedens mit Rußland nur mit den angeführten Argumenten bekämpft wird. Wollen die Gegner der Parole gegen England einen Erfolg davontragen, so müssen sie aus der Tatsache, daß letzten Endes der deutsch-englische und der deutsch-russische Krieg derselben Quelle entsprungen und organisch miteinander verbunden sind, die nötigen Konsequenzen ziehen.

## Die Ausdehnung der Schlachtfrenten.

Paris, 12. April. (W. Z. B.) Der „Matin“ rechnet nach sicheren Angaben aus, daß die Ausdehnung der Schlachtfrenten der Alliierten 2008 Kilometer beträgt. Davon entfallen 870 Kilometer auf die französische, 50 auf die englische, 28 auf die belgische, 1370 auf die russische und 850 auf die serbisch-montenegrinische Front.

## Die englischen Gesamtverluste.

Der Londoner Korrespondent des „Nieuwe Courant“ meldet: Das Pressebureau gibt die Zahlen der englischen Verluste in den acht Monaten bis zum 31. März bekannt. Die Listen geben die Gesamtzahl an Toten, Verwundeten und Vermissten mit 99 759 an, ohne die Verluste der 83 Regimenter indischer Truppen, von denen nur die Offizierverluste gemeldet worden sind. An Offizieren hat die englische Armee verloren: 1828 tot, 3257 verwundet, 701 vermisst und 195 gefangen, zusammen 5981; an Mannschaften: 17 780 tot, 56 830 verwundet, 17 686 vermisst und 1482 gefangen, zusammen 93 778.

## Ein holländischer Armeebefehl.

Haag, 12. April. (T. U.) Die oberste Heeresleitung hat folgenden Befehl erlassen:

Es ist bekannt geworden, daß viele Offiziere Brovingpistolen besitzen und die dazu gehörigen Patronen im Haag oder Amsterdam kaufen. Die Patronen sollen kupferne Mäntel haben, welche die Spitze nicht ganz bedecken, so daß der kleinere Kern ungefähr 6 Millimeter freiliegt. Diese Patronen sollen aus der „Fabrique nationale d'armes de guerre“ in Lahti stammen und unter dem Namen „balles à demi-rebêtement“ verkauft werden. Da solche Patronen mit Rücksicht auf die bestehenden Bestimmungen nicht gebraucht werden dürfen, verbieten wir, daß solche Patronen in der Ausrüstung unseres Militärs Verwendung finden. Es ist unumgänglich notwendig, daß, wenn wir in einen Krieg verwickelt werden, in keinem Fall solche Patronen bei unserem Militär gefunden werden. Im erwähnten Kriegsfall befindet sich das ganze Land im Belagerungszustand und dann ist selbst der Besitz dieser Patronen verboten, weshalb wir deren Einlieferung verlangen. Wir empfehlen, daß schon jetzt jeder seinem direkten Vorgesetzten oben erwähnte Projektile ausliefere.

## Aufenthalt fremder Militärs in Holland.

Haag, 12. April. (T. U.) Die niederländische oberste Heeresleitung hat nachstehenden Erlaß bekanntgemacht:

Obwohl im allgemeinen kein Bedenken getragen wird, daß Angehörige der kriegsführenden Armeen sich zeitweilig in Holland auf Urlaub befinden, wird es doch als nicht erwünscht erachtet, dergleichen Personen volle Bewegungsfreiheit in unserem Lande zu verleihen. Deshalb haben die Konsulatsbeamten im Auslande Befehl erhalten, denjenigen Militärs, die sich nach Holland begeben wollen und ihre Papiere vorzeigen, einige Beschränkungen aufzuerlegen:

1. Bei Ankunft in einem niederländischen Orte sich binnen 24 Stunden bei der Behörde zu melden. 2. In gewissen Stellungsgebieten ist kein dauernder Aufenthalt gestattet. 3. Längerer Aufenthalt als drei Tage wird in den Provinzen Zeeland, Nord-Brabant und Limburg nicht erlaubt. Der Minister des Äußern soll von jedem einzelnen Fall die oberste Heeresleitung benachrichtigen.

## Ermattungsstrategie.

Der militärische Mitarbeiter der „W. Z. am Mittag“ schreibt in einem Artikel über den Charakter des jetzigen Krieges:

„Das Wort „Ermattungsstrategie“ war lange Zeit in der deutschen Armee verpönt, weil man damit eine zögernde, die Entscheidung vermeidende Kriegsführung bezeichnete, wie sie den Kabinettskriegen vergangener Jahrhunderte eigen war, bei denen das kostbare, nur durch Werbung schwer aufzubringende Soldatenmaterial möglichst geschont werden sollte. Durch Bezüge in meinerehrenderen Stellungen, Bedrohen der Zukunftsstraßen sowie durch zeitraubende Belagerung und Verteidigung fester Plätze suchte man den Gegner zu ermatten und zu ermüden und den Krieg ohne große Verluste so sehr in die Länge zu ziehen, daß

dem Gegner die Mittel ausgingen, ihn weiterzuführen. Eine derartige Art der Kriegsführung ist im Zeitalter der Millionenheere und des Vorkrieges natürlich nicht mehr möglich, aber eine Art neuer Ermattungsstrategie wird jetzt doch geführt, sie besteht darin, daß man den Gegner an den gutausgebauten und stark besetzten Stellungen anlaufen läßt und seine Angriffe abwartet. Ist der Angriff, namentlich wenn er rein frontal geführt werden muß, bei der heutigen Waffenwirkung überhaupt immer mit großen Verlusten verbunden, so steigen diese zu einer außerordentlich großen Höhe an, wenn die Angriffe gegen besetzte Feldstellungen ausgeführt werden müssen.“

Die jetzige Ermattungsstrategie unterscheidet sich allerdings grundtätlich von derjenigen der früheren Jahrhunderte. Damals sollte das Menschenmaterial geschont und der Erfolg durch eine Erschöpfung der feindlichen Mittel erreicht werden. Bei dem jetzigen Verfahren werden die Menschenkräfte rücksichtslos eingesetzt und die Ermattung des Gegners soll durch die Vernichtung dieses wichtigsten Mittels der Kriegsführung herbeigeführt werden.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

### Die russische Offensive zum Stehen gebracht.

Wien, 12. April. (W. Z. B.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: An der ganzen Karpathenfront ist es wesentlich ruhiger geworden. Im westlichen Abschnitt wird seit dem von den Russen im Dobowa- und Latorgatal mit starken Kräften versuchten Durchbruch, der in der Schlacht der Pfingsttage unter außerordentlich schweren Verlusten des Gegners vollständig scheiterte, seit mehreren Tagen nicht gekämpft.

Die in dem Abschnitt zwischen Wirava und dem Hgskoter Paß stehenden Truppen haben während der letzten Tage in der Linie Telepoc-Zelso-Zuhaslak-Patalofalu alle Angriffe zurückgeschlagen. Auch hier lassen die russischen Angriffe nach.

Die den Hgskoter Paß nördlich bedeckenden Höhen sind von unseren Truppen in dreitägigen heftigen Kämpfen behauptet worden; gestern war hier nur Geschützkampf.

Nördlich von Tschokla und Slavsko gelang es den deutschen und unseren Truppen, mehrere Stellungen zu erobern und Gefangene zu machen.

Die seit dem Fall von Przemysl andauernde russische Offensive ist somit an der ganzen Karpathenfront zum Stehen gekommen und durch Gegenstöße unserer Truppen an mehreren Stellen empfindlich getroffen worden.

## Ruhigere Lage in den Karpathen.

Wien, 12. April. (W. Z. B.) Der Kriegsberichterstatter der „Sonn- und Montagzeitung“ meldet: Gestern wiesen die Kämpfe in den Karpathen einen ruhigeren Charakter auf. Am westlichen Flügel standen die Kämpfe ganz still. Im Zentrum war eine Abnahme der Festigkeit festzustellen. Nur östlich von Wirava fand ein größeres Gefecht statt, in dem die wütenden Angriffe der Russen zurückgewiesen wurden. Auch auf dem rechten Flügel der deutschen Karpathenarmee war eine lebhaftere Gefechtsstätigkeit zu bemerken. Der am 9. April nördlich von Tschokla erzielte bedeutende Erfolg machte sich auf der ganzen Front fühlbar und veranlaßte lebhaftere kleinere Gefechte, die für die Verbündeten erfolgreich waren. Auf der übrigen Front sind keine bedeutenden Ereignisse zu verzeichnen. An der bestarabischen Grenze bewahren die Russen, nachdem ihre erneuten Angriffe glänzend zurückgeschlagen worden sind, Ruhe. In Südost-Galizien liegen sich die Gegner untätig gegenüber; die Verhältnisse sind dort ähnlich wie in der Bukowina.

## Erweiterung der Landsturmpflicht in Ungarn auf 50 Jahre.

Der ungarische Reichstag, der in diesem Monat zusammentritt, wird sich auch mit zwei Gesetzesentwürfen zu befassen haben, die eine Erweiterung der Landsturmpflicht in Ungarn bezwecken. Der ungarische Landsturm ist gesetzlich nur in selbständigen Formationen zu verwenden. Diese Bestimmung wurde aber in der Praxis überschritten; jetzt soll für diese Ueberschreitung eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Der zweite Gesetzesentwurf enthält eine Abänderung des Kriegsdienstleistungsgesetzes vom Jahre 1912, wonach bisher bis zum Alter von fünfzig Jahren Personen zur Kriegsdienstleistung im Rahmen ihres Berufes herangezogen werden sollen. Die Abänderung soll dahin gehen, daß sie auch außerhalb ihres Berufes, demnach auch eventuell zur Verwendung mit der Waffe herangezogen werden sollen. Das wäre danach eine Erweiterung der Landsturmpflicht von 42 auf 50 Jahre.

## Der türkische Krieg.

### „Tanin“ über das türkische Kriegsziel.

Konstantinopel, 12. April. (W. Z. B.) In einer Reihe von Artikeln über die Ziele der Türkei in dem gegenwärtigen Kampfe kommt der „Tanin“ zu dem Schluß, die Türkei dürfe den Kampf nicht früher einstellen, als bis sie Sicherheiten gegen russische Unterdrückungsversuche erlange. Nur dann könnte die Türkei nach dem Friedensschlusse ruhig bleiben. Die türkischen Blätter betrachten den Anschlag gegen den sogenannten Abhedive von Ägypten Hussein Kamel als einen bedeutungsvollen Zwischenfall, der die englischen Versicherungen, daß in Ägypten Ruhe herrsche, lägen strafe und beweise, daß die Jugend Ägyptens entschlossen sei, sich zu opfern und das Jettwa zur Ausführung zu bringen, der jeden Muselmanen zur Pflicht mache, Kamel zu töten.

### Beschießung unverteidigter Ortschaften.

Konstantinopel, 12. April. (W. Z. B.) Die Agence Wili meldet: Die Alliierten rächen sich für ihre Misserfolge vor den Dardanellen, indem sie bewohnte, aber unverteidigte Ortschaften beschießen. Die verbündete Flotte hat am 7. April die Ortschaft Jenitli am Ägäischen Meere beschossen, eine in geeigneten Umständen befindliche griechische Frau getötet, zwei Mädchen und zwei Männer verwundet. Wir unterbreiten diese Tatsache der zivilisierten Welt, die darüber urteilen mag.

## Artilleriekämpfe im Kaukasus.

Petersburg, 12. April. (W. Z. B.) Der Generalstab der Kaukasusarmee teilt mit: In der Küstengegend herrschte am 8. April Artilleriekampf und Geschützfeuer. In der Richtung auf Otkam es zu unbedeutendem Geschützfeuer. Auf den anderen Fronten ist keine Veränderung eingetreten.

## Der Seekrieg.

### Die französische Presse über den Untergang des „U 29“.

Paris, 11. April. (T. U.) Ueber den Untergang des „U 29“ schreibt der „Temps“: Der Verlust des Tauchbootes selbst ist sicherlich wieder gut zu machen, aber der Tod seines Kommandanten Weddigen ist ein schwerer Verlust für die deutsche Flotte. Der Kommandant Weddigen ist derselbe, der am 23. September mit dem „U 9“ die drei englischen Kreuzer „Aboukir“, „Cressy“ und „Hogue“ in den Grund bohrte, und mithin ganz allein eine Kriegstat von allerhöchster Bedeutung vollbrachte.

### Torpedierter Dampfer.

London, 12. April. (W. Z. B.) Meldung des Neuterischen Bureau. Das britische 3000 Tonnen große Passagierboot „Baryar“ wurde auf der Höhe der Scillyinseln torpediert. Das Schiff wurde nach Queenstown geschleppt.

### Flugzeugangriff auf einen englischen Dampfer.

Rotterdam, 12. April. (W. Z. B.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Der englische Dampfer „Serula“ aus Cork, der gestern nacht, aus Manchester kommend, auf dem neuen Wasserwege eintraf, berichtet, daß gestern nachmittag bei Noordvinder deutsche Flugzeuge 20 Bomben nach dem Schiff warfen, ohne es zu treffen.

### Zur Versenkung der „Medea“.

Haag, 11. April. Der „Nieuwe Courant“ schreibt: Die Vorstellungen unserer Regierung bei der deutschen Regierung wegen Versenkung des Dampfers „Medea“ dürften sich namentlich in der Richtung bewegt haben, daß nach ihrer Ansicht das Verfahren des deutschen Tauchbootes gegen ein neutrales Schiff mit einer Ladung der Art, wie „Medea“ sie führte, nicht mit dem geltenden Völkergesetz übereinstimme, gleichviel, ob die Londoner Deklaration für Deutschland bindend sei oder nicht. Sie unter diesem Gesichtspunkt gegen die Behandlung von Schiff und Ladung vorgebrachten Bedenken richteten sich nicht allein gegen die Versenkung des Schiffes, sondern auch gegen die Art, wie seine Besatzung den Gefahren des Meeres preisgegeben worden ist, da die Boote mit der Besatzung nur ganz kurze Zeit von dem Unterseeboot geschleppt worden sind. Außerdem dürfte die niederländische Regierung das Mißverhältnis zwischen einer so harten Maßregel und dem ungeschicklichen Charakter der Ladung an Apfelsinen, selbst wenn diese als Konterbande anzusehen wäre, betont haben. Darauf scheint die deutsche Regierung dem niederländischen Gesandten in Berlin vorläufig geantwortet zu haben, daß nach ihrer Auffassung die Legalität des Vorganges kaum zu bestreiten sei, wie in einer in Aussicht stehenden Note als Erwiderung auf die vorgebrachten rechtlichen Bedenken darzulegen sein würde; im übrigen werde das deutsche Preisgericht über die „Medea“ entscheiden. Die deutsche Regierung dürfte keine Anspielung auf die Möglichkeit gemacht haben, daß die „Medea“ Klei, Spirit und andere absolute Konterbande unter den Apfelsinen geführt hätte, wie die „Niederländische Zeitung“ gemeldet hatte, wogegen aber die Direktion der Niederländischen Dampfergesellschaft entschiedenen Widerspruch erhoben hat. Der niederländische Gesandte in Berlin dürfte bereits eine Erklärung erhalten haben, daß in der Behandlung der „Medea“ durchaus kein Zeichen einer Aenderung der Politik Deutschlands gegenüber Holland erblickt werden dürfe. In der Tat ist seitdem auch von einem weiteren Vorgehen deutscher Tauchboote speziell gegen holländische Schiffe nichts zu merken gewesen. Wegen der Entscheidung des deutschen Preisgerichts über den Dampfer „Votabier V“ ist man in den zunächst interessierten Kreisen durchaus nicht beunruhigt; es dürfte feststehen, daß die angeblich mitgeführte Konterbande jedenfalls weniger als die Hälfte der Ladung betragen hat, so daß von einer Wegnahme des Schiffes keine Rede sein können.

### Auch „Kronprinz Wilhelm“ in Newport News

London, 12. April. (W. Z. B.) Das Neuterische Bureau meldet aus Newport News, daß der deutsche Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“ gestern früh in den Hafen eingelaufen sei und gemeldet hätte, er habe Mangel an Kohlen und Lebensmitteln.

Wie vor ihm „Prinz Eitel Friedrich“ ist nun auch der deutsche Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“ in den Hafen der Vereinigten Staaten eingelaufen. Wahrscheinlich werden abermals feindliche Kriegsschiffe das Wiederanlaufen des Hilfskreuzers zu verhindern suchen.

### Notenwechsel über die Versenkung des „William P. Frye“.

Note des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes über die Versenkung des amerikanischen Segelschiffs „William P. Frye“.

(Uebersetzung.)

Berlin, den 3. April 1915.

Exzellenz Excellenz beehrte ich mich im Auftrag meiner Regierung eine Reklamation über 228 000,54 Dollar nebst Zinsen vom 28. Januar 1915 gegen die Deutsche Regierung zugunsten der Eigentümer und des Kapitäns des amerikanischen Segelschiffs „William P. Frye“ vorzulegen, betreffend Entschädigung für die Nachteile, die sie infolge der Versenkung des genannten Schiffes auf hoher See durch den deutschen Hilfskreuzer „Prinz Eitel Friedrich“ am 28. Januar 1915 erlitten haben. Die Tatsachen, auf die sich der Anspruch stützt, und wegen deren die Deutsche Regierung von der Regierung der Vereinigten Staaten zur Vergütung der entstandenen Verluste und Schäden verpflichtet erachtet wird, sind kurz zusammengefaßt die folgenden:

Der „William P. Frye“, ein Segelschiff aus Stahl von 3374 Tonnen Brutto, im Eigentum amerikanischer Bürger und rechtmäßig unter der Flagge der Vereinigten Staaten segelnd, verließ Seattle im Staate Washington am 4. November 1914 unter Charter für M. S. Soufer von Portland im Staate Oregon mit Bestimmung für Queenstown, Balmouth oder Plymouth nach Oeder und mit einer Ladung, die ausschließlich aus 196 980 bushel Weizen im Eigentum des vorgenannten Soufer bestand und an Oeder oder an deren Anweisung konsigniert war. Dies alles ergibt sich aus den Schiffspapieren, die bei der Versenkung durch den Kommandanten des deutschen Hilfskreuzers von dem Schiffe weggenommen wurden. Am 27. Januar 1915 begegnete der „Prinz Eitel Friedrich“ dem „Frye“ auf hoher See, zwang ihn anzuhalten und sandte ein bewaffnetes Anhaltungsmando an Bord, das Befehl von dem



Schiffe ergriff. Nach Prüfung der Schiffsapapere ordnete der Kommandant des Kreuzers an, daß die Ladung über Bord zu werfen sei; nachträglich entschloß er sich aber, das Schiff zu zerstören, und am folgenden Morgen wurde der „Frhe“ auf seinen Befehl versenkt. Die Ansprüche der Eigentümer und des Kapitäns bestehen aus folgenden Posten:  
Wert des Schiffes, der Ausrüstung und des Zubehörs 180 000 Dollar,  
Fracht nach der Frachtliste 5034 und 1000/2240 Tonnen zu 22/8—8180/10/6 zu 4,86 Dollar macht 38 759,54 Dollar.  
Reise- und andere Ausgaben des Kapitäns Riehne, der Schiffsagenten Arthur Sewall u. Cie. nebst Ausgaben für eisendiätliche Erklärung, Vorbereitung und Abfassung des Anspruchs 500 Dollar, persönliche Effekten des Kapitäns Riehne 300 Dollar,  
Schadensersatz für die Entziehung der Schiffsnutzung 87 500 Dollar,  
im ganzen 228 050,54 Dollar.

Auf Anweisung meiner Regierung beehre ich mich zu ersuchen, daß die Deutsche Regierung für die Zerstörung des „William B. Frhe“ durch den deutschen Kreuzer „Prinz Eitel-Friedrich“ volle Entschädigung leistet.  
Ich benuge ufo. James W. Gerard.

### Antwortnote des Staatssekretärs des auswärtigen Amtes an den Votschaffer der Vereinigten Staaten von Amerika.

Berlin, den 4. April 1915.  
Der Unterzeichnete beehrt sich, Seiner Excellenz dem Votschaffer der Vereinigten Staaten von Amerika Herrn James W. Gerard auf das Schreiben vom 3. d. M., Nr. 5. O. 2892, betreffend Schadensersatzansprüche wegen Versenkung des amerikanischen Kaufschiffes „William B. Frhe“ durch den deutschen Hilfskreuzer „Prinz Eitel-Friedrich“, nachstehendes zu erwidern:

Nach den der Deutschen Regierung zugegangenen Berichten hat der Kommandant des „Prinz Eitel-Friedrich“ das Schiff „William B. Frhe“ am 27. Januar d. J. auf hoher See angehalten und untersucht. An Bord fand er eine an Order gerichtete, nach Queenstown, Portsmouth oder Plymouth bestimmte Weizenladung. Nachdem er zunächst versucht hatte, die Ladung aus dem „William B. Frhe“ zu entfernen, nahm er schließlich die Papiere und die Besatzung an Bord und versenkte das Schiff.

Aus diesem Tatbestand ergibt sich, daß der deutsche Kommandant sich völlig im Rahmen der Grundzüge des Völkerrechts gehalten hat, wie sie in der Londoner Seekriegsrechtsklärung und in der deutschen Preisordnung niedergelegt sind. Die Häfen von Queenstown, Portsmouth und Plymouth, wohin das angehaltene Schiff bestimmt war, sind stark besetzte englische Küstenplätze, die überdies den britischen Seekriegskräften als Stützpunkt dienen. Die Weizenladung, die gemäß Artikel 24 Nr. 1 der Londoner Erklärung, Ziffer 23 Nr. 1 der deutschen Preisordnung als Lebensmittel unter dem Begriff der relativen Konterbande fiel, war daher nach Artikel 23, 24 der Londoner Erklärung, Ziffer 22, 23 der deutschen Preisordnung als für die feindliche Streitmacht bestimmt anzusehen und bis zum Beweise des Gegenteils als Konterbande zu behandeln; dieser Gegenbeweis war jedenfalls bei der Anhaltung des Schiffes nicht zu führen, da die Ladungspapiere an Order lauteten. Damit war aber auch gemäß Artikel 40 der Londoner Erklärung, Ziffer 113 der deutschen Preisordnung die Voraussetzung für die Versenkung des Schiffes gegeben, da für den Hilfskreuzer die Möglichkeit fehlte, die Weise ohne Gefährdung seiner Sicherheit und ohne Beeinträchtigung des Erfolges seiner Operationen in einen deutschen Hafen einzubringen. Die ihm nach Artikel 50 der Londoner Erklärung, Ziffer 116 der deutschen Preisordnung vor der Zerstörung obliegenden Pflichten hat er erfüllt, indem er die an Bord befindlichen Personen und die Schiffsapapere auf den Kreuzer herübergenommen hat.

Die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen des deutschen Kommandanten ist übrigens gemäß Artikel 51 der Londoner Erklärung, § 1 Nr. 2 der deutschen Preisgerichtsordnung, durch die deutsche Preisgerichtsbarkeit nachzuprüfen. Dieses Preisverfahren wird nach Eingang der Schiffsapapere unerschütterlich vor dem Preisgericht in Hamburg eröffnet werden und sich auf die Entscheidung der Fragen erstrecken, ob die Zerstörung der Ladung und des Schiffes im Sinne des Artikels 40 der Londoner Erklärung notwendig war, ob das untergegangene Eigentum der Wegnahme unterlag, sowie gegebenenfalls ob und in welcher Höhe den Eigentümern Schadensersatz zu leisten ist. In dem Verfahren wurde den Eigentümern von Schiff und Ladung gemäß Artikel 34 Abs. 3 der Londoner Erklärung der Beweis offen stehen, daß die Weizenladung eine friedliche Bestimmung und somit nicht den Charakter der Konterbande hatte. Wird dieser Beweis nicht geführt, so wäre nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen die Deutsche Regierung zu einer Entschädigung überhaupt nicht verpflichtet.

Nach den für die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika geltenden besonderen Bestimmungen ist indes die Rechtslage insofern eine andere, als nach Artikel 18 des deutsch-amerikanischen Freundschafts- und Handelsvertrages vom 11. Juli 1799 in Verbindung mit Artikel 12 des deutsch-amerikanischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrages vom 1. Mai 1828 Konterbande, die einem Angehörigen des einen Teiles gehört, von dem anderen Teile nicht eingezogen, sondern nur zurückgehalten oder gegen Zahlung des Wertes übernommen werden kann. Auf Grund dieser Vertragsbestimmung, die selbstverständlich für das deutsche Preisgericht maßgebend ist, würden die amerikanischen Eigentümer von Schiff und Ladung auch dann eine Entschädigung erhalten, wenn das Gericht die Weizenladung als Konterbande erklären würde. Gleichwohl erübrigt sich nicht etwa das bevorstehende Preisverfahren, da das zuständige Preisgericht die Rechtmäßigkeit der Wegnahme und der Versenkung nachzuprüfen hat, auch die Legitimation der Reklamanten und die Höhe des Schadenersatzes feststellen würde.

Indem der Unterzeichnete dem Herrn Votschaffer anheimstellen darf, vorstehendes zur Kenntnis seiner Regierung zu bringen, benugt er diesen Anlaß, um ihm die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

von Jagow.

### Ein Friedens-Aufruf.

Die „Wossische Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Kundgebung der Liebnecht-Gruppe“:

Die Pariser „Humanité“ veröffentlicht ein Manifest, das, wenn es sich nicht um eine Mystifikation handelt, einen heftigen Vorstoß gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion aus den Kreisen ihrer Minderheit bedeutet. Die Pariser „Humanité“ vom 7. April schreibt:

Aus Holland erhalten wir ein Manifest, das die Winprijs der deutschen Sozialdemokratie, die den Prinzipien der Internationalen treu geblieben ist und vornehmlich Karl Liebnecht, Lebedour, Mühe, Franz Mehring, Clara Zetkin und Rosa Luxemburg umfaßt, veröffentlicht. Der holländische Genosse, dem es unter den größten Schwierigkeiten über die Grenze zugetragen wurde, erhielt gleichzeitig einen Brief, in dem man ihn wie folgt bat, das Manifest den sozialistischen Genossen der „feindlichen“ Länder zu übermitteln:

Wisher kennt das Ausland die angebliche Meinung des deutschen Sozialismus und seine Stellung zum Kriege nur aus den Erklärungen eines Dugend Führer, die durch den Krieg vollständig verdrängt gemacht worden sind. Ihr könnt uns glauben, Genossen, wenn wir Euch versichern, daß das deutsche Proletariat durchaus nicht einderbanden ist mit den Erklärungen eines Scheidemann und eines Heinke, mit dem „Gamburger Echo“ oder der „Chemnitzer

Volksstimme“. Ihr könnt aus der Rede Saases sehen, daß die Opposition gegen diesen verabschiedeten Krieg in Deutschland ständig wächst. Wenn wir auch, unter dem eisernen Drud der Kriegsgesetze stehend, daran gehindert sind, öffentlich unsere Meinung zu verkünden, da der geringste Verstoß mit Gewalt unterdrückt werden würde, so kann uns doch die nächste Zukunft eine Ueberzeugung bringen. Von der Haltung unjurer sozialistischen Genossen in Frankreich, England und Belgien hängt für uns die Möglichkeit einer Aktion gegen den Krieg ab.“

Das Manifest selbst erinnert an die fürchterlichen Verluste an Menschen und Geld, die der Krieg bereits verursacht hat: „Die Zahl der Menschen, die das Ungeheuer Krieg an den Fronten im Westen und Osten umgebracht hat, hat bereits eine Million überstiegen! Die Zahl der Verwundeten ist wenigstens dreimal so hoch!... In Ostpreußen wurden im Januar die Verwundeten auf über 500 Millionen Französisch. In Belgien machen sie Milliarden aus. Die gesamten Kriegskosten belaufen sich für ganz Europa auf über 80 Milliarden.“

Sodann wird darauf hingewiesen, daß die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt habe, sie werde den Frieden verlangen, sobald die Sicherheit des Landes erreicht wäre. Heute seien die deutschen Grenzen gesichert. Es stehe also Deutschland zu, zuerst den „Frieden“ auszusprechen. Das Manifest beruft sich auf die unabhängige Arbeiterpartei Englands und die russischen sozialistischen Genossen, die mit Ungebuld das Erwachen des revolutionären Geistes in der deutschen Sozialdemokratie erwarten, sowie auf Frankreich, wo kein Sozialist für eine Eroberungspolitik sei, und erklärt sodann:

„Wenn Sembat und Guesde den deutschen Militarismus und Imperialismus vernichten wollen, so wird dieses Ziel schon dadurch erreicht sein, daß wir die Friedensfahne entfalten — nicht die eines militaristischen Friedens mit dem Ziel einer gewalttätigen Annexion, nicht eines Friedens mit imperialistischen Eroberungszielen, sondern eines Friedens, der sich auf den Prinzipien aufbaut, die auf den Kongressen von Kopenhagen 1910 und Basel 1912 einstimmig angenommen wurden, und deren hauptsächlichste sind: keine Annexionen; politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit aller Nationen; allgemeine Abrüstung; obligatorisches Schiedsgericht.“

In der Kundgebung wird ferner behauptet, daß in ihrem Sinne in Deutschland bereits unsere Genossen gesprochen haben, vornehmlich die sozialistische Gruppe im preussischen Landtag: „Hinter ihr stehen die Arbeitermassen, deren Gefühle zugunsten des Friedens in Berlin bereits in zahlreichen Meetings zum Ausdruck gekommen sind.“

Zum Schluß verlangt das Manifest die Bekanntgabe sowie freie Erörterung der Friedensbedingungen, die in den Ministerien ausgearbeitet werden: „Wir erbitten den Beistand der Genossen, die in anderen Ländern für dieselben Prinzipien kämpfen, damit unsere Aktion international sei.“

Sowelt die Mitteilung der „Wossischen Zeitung“. Der „Aufruf“ findet sich in deutscher Sprache bereits am 1. April in dem Werner Parteiorgan. Er trägt dort keinerlei Unterschriften. Auch die „Humanité“ bezeichnet die Genossen Liebnecht, Lebedour usw. nicht als Verfasser, sondern die „Humanité“ nimmt nur an, daß der Aufruf aus den Kreisen der Minderheit stammt. Die „Werner Tagwacht“ stellt Abfragen ausdrücklich fest, daß die genannten Genossen an dem Aufruf nicht beteiligt sind; sie lehnt es aber ab, über die Urheberschaft des Aufrufes näheres mitzuteilen.

### Die sozialistische Partei Italiens gegen den Krieg.

Das Sekretariat des italienischen Parteivorstandes hat den Sektionen am 7. d. M. ein Rundschreiben folgenden Inhalts übersandt:

Die internationale Lage ist gespannter geworden und die Interventionisten versuchen einen letzten Kraftauswand, um Italien von der bisher im Einklang mit der großen Mehrheit des Volkes eingehaltenen Neutralität abzubringen.

Das sozialistische Proletariat, das schon im vorigen August diese Neutralität gefordert, indem es nicht vergebens einen Aufruf im Falle des Eingreifens zugunsten der mitteleuropäischen Nationen androhte, muß heute mehr als je die Neutralität gegen die Wachsenhaften der franzosenfreundlichen Freimaurer und Demokraten und des großwahnsinnigen Imperialismus der Rationalisten verteidigen, die Interesse daran haben, Italien in den großen Krieg hineinzudringen, der Europa zerreißt und mit Blut bedeckt.

In diesem Augenblick muß das italienische Proletariat im Namen seiner wichtigsten Interessen und der Zukunft seiner internationalen Solidarität die Gründe seiner Neutralität hervorheben, die nicht mit den schwankenden und opportunistischen der Katholiken und Konservativen und nicht mit denen der interessierten Deutschfreundlichkeit verwechselt werden dürfen, weil sie sich auf jene sozialen Antagonismen gründen, die im bürgerlichen Regime kein Krieg aus der Welt schaffen kann.

Die Arbeiterorganisationen und Parteisektionen müssen daher gleich auf jede Kundgebung durch eine Gegenkundgebung antworten, nicht um die Freiheit der anderen zu unterdrücken oder zu beschränken, sondern in der klaren Absicht, den proletarischen und sozialistischen Willen, der den Krieg ablehnt, auszudrücken und darzutun, daß der Krieg unter keinen Umständen auf die Solidarität der sozialistischen Partei Italiens zählen kann. Die Kundgebungen sollen auch ein Protest gegen die freiheitsfeindlichen und reaktionären Methoden der Regierung sein, die einem Teile der Bevölkerung das Recht nehmen will, seine eigene Meinung auszudrücken.

Der Parteivorstand vertraut den Parteisektionen die Aufgabe an, in diesen schweren Zeiten die Fahne des Sozialismus hoch zu halten, die seit acht Monaten als Führer und Wahrzeichen und der unerschütterten sozialistischen Ueberzeugung des italienischen Proletariates weht.“

### Römische Demonstrationen für und wider den Krieg.

Rom, 11. April. (W. T. W.) Für heute nachmittag waren zwei Versammlungen einberufen, eine von den Anhängern einer Intervention Italiens, die andere von den Anhängern der Neutralität. Die Behörden hatten jedoch beide untersagt. Die Polizei hatte strenge Maßnahmen getroffen, um den Anordnungen der Behörden Achtung zu verschaffen. Einige Hundert Manifestanten, die sich trotz des Verbots versammelten wollten, konnten ohne bemerkenswerte Zwischenfälle leicht zerstreut werden. Mehrere Personen wurden verhaftet.

### Begünstigung der österreichisch-italienischen Gefangenen?

Paris, 12. April. (W. T. W.) Dem „Journal“ zufolge hat die französisch-italienische Liga den Minister des Innern, Malby, er-

sucht, die Italiener Oesterreich-Ungarns, welche in Konzentrationslagern untergebracht sind, als Italiener und nicht als Oesterreicher oder Ungarn zu betrachten. Malby verspricht, die Bitte in Erwägung zu ziehen und nach einer Untersuchung diejenigen freizulassen, welche genügende moralische Sicherheiten geben könnten. Eine gewisse Zahl wurde bereits freigelassen.

### Deutsche Vergeltungsmaßregel.

Berlin, 12. April. (W. T. W.) Die von der englischen Regierung angeordnete Maßregelung der in freiesier Pflichten Erfüllung in ihre Gewalt geratenen Besatzung von Unterseebooten, durch Besatzung ehrenhafter Kriegsgefangenschaft und Unterbringung in Naval detention barracks hat die deutsche Regierung zu der Gegenmaßnahme veranlaßt, für jeden Gefangenen der Unterseebootbesatzung für die Dauer seiner völkerrechtswidrigen, harten Behandlung einen Kriegsgefangenen englischen Offizier ohne Ansehen der Person in gleicher Weise zu behandeln. Dementsprechend sind heute, am 12. April d. J., aus Offiziersgefangenenlagern neununddreißig englische Offiziere in entsprechende Haft in Militärarrestanstalten übergeführt worden.

### Die Schweizer Post und die Neutralität.

Die schweizerische Postverwaltung hat folgende Bemerkenswerte Verfügung erlassen: „Ein Vorkommnis auf einem Postbüro in der Westschweiz gibt die Veranlassung, das schweizerische Postpersonal darauf aufmerksam zu machen, daß es angeht, bei seinen Diensthandlungen sich jeder partiellischen Stellungnahme gegenüber den kriegführenden Ländern zu enthalten. Selbstverständlich darf vom Postpersonal den Postsendungen auch keine Annmerkung beigelegt werden, die für den Empfänger oder die Angehörigen eines der kriegführenden Länder verlegend sein könnte. Alle Sendungen, die äußerlich irgendwelche Darstellungen, Zeichen oder Bemerkungen beschimpfenden Inhalts tragen oder sich auf den Kriegszustand beziehen, sind als unbestellbare Gegenstände zu behandeln.“

### Kriegsbekanntmachungen.

#### Anmeldung von Rohstoffen.

Amlich, Berlin, 12. April. (W. T. W.) Nach Bekanntmachung der stellvertretenden Generalkommandos sollten bis Ende März 1915 alle Bestände an Wolfram, Chrom, Vanadium, Molybdän und Mangan der Metall-Werkstoffe der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kriegsministeriums W 9, Potsdamer Straße 10/11, gemeldet werden. Ansehend ist diese Bekanntmachung von manchen Firmen übersehen worden. Von zuständiger Seite wird deshalb darauf hingewiesen, daß die Unterlassung der Anmeldung strafbar ist. Anmeldevordrucke sind bei den Postanstalten I. und II. Klasse erhältlich.

#### Annahmestellen für Privattelegramme nach dem Felde.

Amlich, Berlin, 12. April. (W. T. W.) Privattelegramme aus dem Heimat nach dem Felde werden nur von den militärischen Prüfungsstellen für Privattelegramme angenommen, die sich am Sitz der stellvertretenden Generalkommandos befinden. Die Zufassung von Telegramm-Entwürfen an andere Stellen, z. B. an das Kriegsministerium, hat stets Verzögerung in der Absendung zur Folge. In Zweifelsfällen empfiehlt es sich, vor Absendung eines Telegramms Rücksicht bei einem Postamt zu erbitten.

#### Nachfragen nach dem Verbleib deutscher Kriegsgefangener

In der letzten Zeit sind von seiten der Angehörigen gefangen oder vermißt gemeldeter deutscher Krieger vielfach Anfragen an die „Services de l'Assistance Publique“ (Zentralverwaltung der Armeepflege) des französischen Departements Creuse dahingehend gerichtet worden, ob sich ihre Söhne unter den im Lager von Ajain untergebrachten deutschen Kriegsgefangenen befinden. Durch eine neutrale Macht ist jetzt, wie amtlich mitgeteilt wird, darauf hingewiesen worden, daß in dem genannten Lager keine deutschen Militärgefangenen, sondern ausschließlich Zivilgefangene interniert sind. Bei dieser Gelegenheit sei erneut darauf aufmerksam gemacht, daß alle Anfragen wegen gefangen oder vermißt gemeldeter deutscher Krieger an das Zentralnachweisesbüro des Kriegsministeriums oder an das Rote Kreuz zu richten sind.

### Letzte Nachrichten.

#### Der französische Tagesbericht.

Paris, 12. April. (W. T. W.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. Keine Infanterieaktion seit dem 11. 4. gemeldet. In Belgien, Ancre, zwischen Duse und Aisne sowie in der Champagne gegenseitige Kanonade. Zwischen Maas und Mosel richteten wir uns auf den in den letzten Kämpfen eroberten Stellungen ein. Der Feind unternahm keinen Gegenangriff. — Am 10. 4. erbeuteten wir im Walde von Willy und im Priesterwalde fünf Maschinengewehre und einen Minenwerfer.

#### Die „Libre Parole“ neuerlich verboten.

Genf, 12. April. (Z. N.) Die „Libre Parole“ wurde von der französischen Zensur wieder unterdrückt, diesmal auf 48 Stunden, wegen eines Artikels, der an den Heereslieferungen harte Ausstellungen machte.

#### Die Bewegung der englischen Bergarbeiter.

London, den 12. April. (Z. N.) Die Vertreter des englischen Grubenarbeiterverbandes waren hier zusammengekommen, um mit den Grubenbesitzern Besprechungen abzuhalten über den verlangten Lohnzuschlag von 20 Proz. Bekanntlich haben die Grubenbesitzer diese Forderung abgelehnt, sich aber bereit erklärt, mit jedem Bezirk gesondert über einen Zuschlag zu unterhandeln. Die Delegierten haben in ihrer Mehrheit beschlossen, an der ursprünglichen Forderung festzuhalten. Sie erklären, eine gleichmäßige Lohn-erhöhung für das ganze Land sei nicht mehr als billig, da die Lebensmittelpreise überall im gleichen Maße gestiegen sind. Den Grubenbesitzern wird eine neue Konferenz vorgeschlagen. Wenn diesen Wünsche nicht entsprochen wird, werden Vertreter aller Bergwerksdistrikte am 20. und 21. April zusammentreten, um über eine gemeinschaftliche Aktion zu beratschlagen. Die englische Presse hält diese Bewegung unter den Bergarbeitern für höchst wichtig.

#### Die „Ajama“ endgültig verloren.

New York, 12. April. (Z. N.) Nach Meldungen aus San Francisco muß der japanische Kreuzer „Ajama“, der an der kalifornischen Küste gescheitert war, endgültig verloren gegeben werden. Die Flottmachungsarbeiten sind eingeleitet worden. Die „Ajama“ war ein 10 000 Tonnen-Kreuzer und entwickelte 21 Knoten Geschwindigkeit. Er war mit harter Artillerie versehen und bildete eine wertvolle Kampfereinheit der japanischen Flotte.



Verschiedene  
Posten

## Emaillierte Geschirre

Sowjet  
Vorrat

Kasserollen mit Stiel, 6 Größen 20 Pf. bis 1.40	Wasserkessel mit Gas, 60 Pf. bis 2.50	Fischkocher lang, mit Sieb, 3 M. bis 7 M.	Teller nach u. tief, 3 Größ. 15 Pf. bis 25 Pf.	Schöpföffel 3 Größ. 12 Pf. bis 18 Pf.
Schmortöpfe o. Ring, 3 Größ. 70 Pf. bis 1.40	Ringtöpfe große, 3 Größ. 1.40 bis 2 M.	Wasserkessel mit Absatz, 3 Größ. 80 Pf. bis 2 M.	Bratenschüsseln rund .... 40 Pf.	Schaumlöffel 3 Größ. 12 Pf. bis 18 Pf.
Schmortöpfe m. Ring, 4 Größ. 1.35 bis 2.75	Kartoffeldämpfer ..... 3 M.	Küchenschüsseln flache, 10 Größ. 18 Pf. bis 3.80	Bratenschüsseln oval .... 1.10	Gemüsesiebe 3 Größ. 70 Pf. bis 90 Pf.
Waschtöpfe gebauht, 5 Größ. 1.75 bis 4.25	Setzleierpfannen 3 Größ. 80 Pf. bis 1 M.	Küchenschüsseln tiefe, 6 Größ. 35 Pf. bis 1.20	Gemüseschüsseln viereckig, ca. 55 cm 75 Pf.	Napfkuchenformen ca. 30 cm 1.10
Fleischtopfe hoch, 4 Größ. 1.25 bis 3 M.	Bratpfannen, runde 75 Pf. bis 1.10	Eßnapfe 6 Größ. .... 20 Pf. bis 45 Pf.	Topfdeckel verzinkt, 3 Größ. 10 Pf. bis 15 Pf.	Milchsiebe mit Drahtboden, ca. 35 cm 80 Pf.

Ein extra schwere Geschirre innen grau emailliert, darunter:  
**Kasserollen, Fleischtopfe, Ringtöpfe, Pfannen, runde usw.**

Ein gußeiserne Geschirre innen weiß emailliert  
**Schmortöpfe mit und ohne Ring 85 Pf. bis 2.75 Bratpfannen lange 1.30 bis 3.25**

Kaffeekannen 5 Größ. 40 Pf. bis 80 Pf.	Kaffeeflaschen mit Patent-Verschluss 35 Pf.	Mehlschaufeln 3 Größ. 20 bis 35 Pf.	Wasserkrüge Kugel-form 75 Pf. ge-sch-weiß 90 Pf.	Wassereimer dekoriert, mit Deckel 2 M.
Kaffeemaschinen 3 70 Pf. bis 1.20	Kaffeekannen dekoriert 40 Pf. bis 1.60 Pf.	Salz- u. Mehlresten dekoriert 75 Pf.	Fußwannen ..... 2.50	Waschschüsseln dekoriert große Form 2.50
Milchtöpfe mit Deckel 2 Größ. 55 bis 65 Pf.	Sahnengießer dekoriert 35 Pf. bis 60 Pf.	Scheuergarnituren 95 Pf. 1.75	Seifenhalter u. Seifenkast. 30 Pf.	Wasserkannen ovale, mit Deckel 2.75
Kaffeetrichter mit Alum.-Sieb 60 Pf.	Tablets vierseitig, dekor. 1.25 bis 1.50	Wasserkannen 40 Pf. größer ca. 20 cm 1.25	Waschtisch-Eimer 4 Größ. 1.75 bis 3 M.	Waschgarnituren Steil, dekoriert 6 M.

### Sonder-Preise:

## Vernickelte Waren

Kaffeesevice 4teil. 6 M. 8.50 9 M. Teemaschinen 6.50 größer 8.50  
 Kaffee- u. Teesevice steil 16 M. Gebäckkasten 4.50 größer 6 M.  
 Kaffeekannen u. Milchtöpfe 5 M. bis 8.50 Eierservice ... 2.25 größer 5 M.  
 Teekannen und Milchtöpfe 3.50 bis 5 M. Rauchservice 2 Sorten ... 2.75  
 Tablett 6 Sorten ... 40 Pf. bis 4.50 Honigdosen 2 Sorten 2 M. bis 2.50  
 Brotkörbe 6 Sorten 1.40 bis 3 M. Biskuitdosen Glas mit Beschlag 2.25  
 Krümschaufel m. Bürste 4.50 Obstkörbe mit Messerhalter u. Einl. 4.25  
 Tafelaufsätze 2 Sort. 2.75 u. 4.50

## Küchenmöbel

in haltbaren Farben gestrichen

**Garnitur I** Schrank, Blattgröße 102 cm, Tisch 94 cm, 2 Stühle, Rahmen, Halter und Kohlenkasten ..... **68 M.**

**Garnitur II** Schrank, Blattgröße 110 cm, Tisch 102 cm, 2 Stühle, Rahmen, Halter und Kohlenkasten ..... **75 M.**

**Garnitur III** Schrank, Blattgröße 110 cm, Tisch 102 cm, Anrichte, 2 Stühle, Handtuchhalter, Kohlenkasten ..... **95 M.**

### Dienstag bis Sonnabend

## Wirtschaftsartikel

Wandkaffeemühlen 1.75 2.25 2 Gasplätten mit Erhitzer .. 4.10  
 Kleiderbürsten 6 Sorten 70 Pf. bis 1.90 Spiritusplätten kleine 4 M. 4.25  
 Kopfbürsten 6 Sort. 65 Pf. bis 2.25 Spiritusplätten groß 5 M. 5.50 6 M.  
 Hutbürsten 4 Sorten 65 Pf. bis 1.50 Gartenspaten ... 2 M. bis 2.20  
 Möbelbürsten 3 Sort. 90 Pf. bis 1.50 Gartenharken 3 Größ. ohne Stiel ... 25 Pf. bis 60 Pf.  
 Roßhaarhandfeger 3 Größ. 1.25 bis 1.60 Gartengießkannen verzinkt 3.60 bis 5 M.  
 Roßhaarbesen 3 Größ. 2.25 bis 2.90 Gartenschlauch 1/2" m. Einl. Mtr. 2.25  
 Gazeschränke 6.25 9 M. 11.50 Rosenstäbe grün, 4 Gr. 28 Pf. 40 Pf.

### Sonder-Preise!

## Eich. Bücherschränke

2 türig  
 1,62 m hoch, 0,84 m breit, 0,27 tief 38 M.  
 1,83 m hoch, 0,95 m breit, 0,31 tief 51 M.

## Eich. Bücherschränke mit Intarsien

1,73 m hoch, 0,85 m br., 0,32 m tief 44 M.

# Möbel

Leipziger Straße Möbelhaus Oranienstraße Königstraße

Ständige Ausstellung vollständ. Wohnräume, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer. Alle Arten Einzelmöbel, Leder-, Büro-, Polster- u. Kleinmöbel zur Ergänzung vorhandener Einrichtungen. Bei Einkäufen vollständiger Einrichtungen Zahlungserleichterung.

## Alle Arten Balkon- und Gartenmöbel.

### Sonder-Preise!

## Eichene Schreibtische

Platte mit Kunstleder  
 1,10 m breit, 0,63 m tief. .... 52.50  
 1,25 m breit, 0,70 m tief. .... 65 M.

## Eichene Bücherregale mit 5 verstellbaren Böden

1,98 m hoch, 1 m breit, 0,33 m tief 45.50  
 1,98 m hoch, 1,20 m br., 0,33 m tief 48.50

Bis **Sonnabend** **Großer Verkauf: Glas, Porzellan, Steingut.**

## Todes-Anzeigen

Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz  
gefallenen Genossen!

Am 6. April fiel unser Mitglied  
**Johannes Schindler**  
23 Jahre alt, Inhaber des Eisernen Kreuzes. 222/3  
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 5. Berl. Reichstagswahlkr. 5. Abt.

Am 10. d. M. verstarb infolge eines Straßenunfalls unser Bierfahrer  
**Herr Gustav Panknin.**  
Wir verlieren in ihm, der seit mehr als zehn Jahren bei uns tätig war, einen unserer pflichterwehrenden und zuverlässigsten Angestellten.  
Ehre seinem Andenken! 30/30  
Direktion der Gu. elhardt-Brauerei, H. G., Berlin-Pankow.

Zentralverband der Lederarbeiter  
und -Arbeiterinnen Deutschlands.  
Zentrale Berlin I.  
Am Sonntag, den 10. April,  
verstarb unser Kollege, der Weisgerber  
**Karl Hannig**  
Bellermannstr. 100  
im 64. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 13. April, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, beim Sühnen-  
Krankenhaus nach dem alten  
Bauh-Richhof, Seestraße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
133/1

Zentralverband der Maschinisten  
u. Heizer sowie Beruwig, Deutschl.  
Geschäftsstelle Groß-Berlin.  
Am Sonntag, den 10. April,  
verstarb unser Kollege  
**Louis Kirchhof,**  
Bezirk Südost.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 13. April, nach-  
mittags 3 Uhr, auf dem Sühnen-  
hof in Mariendorf statt.  
Die Ortsverwaltung.  
Zurückgeführt  
**Professor A. Pinkuss,**  
Franenarzt. 30/19

Sozialdemokratischer Wahlverein  
f. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreises.  
Bezirk 82.  
Am 10. April verstarb unser  
Mitglied, der Raschist  
**Louis Kirchhof**  
an Magenkrebs.  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 13. April, nach-  
mittags 3 Uhr, auf dem Sühnen-  
Kreuz-Richhof in Mariendorf  
statt.  
905/2 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein  
f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.  
22. Abt. Bez. 772a.  
Am Freitag, den 9. April,  
verstarb unser Genosse, der  
Schuhmacher  
**Emil Küster**  
Barfußstr. 13.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 13. April, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem Sühnen-  
Kreuz-Richhof in der Seestraße  
statt.  
Um rege Beteiligung wird ersucht.  
18. Abt. Bez. 813.  
Am Freitag, den 9. April,  
verstarb unser Genosse, der  
Weisgerber  
**Karl Hannig**  
Bellermannstr. 100.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 15. April, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Sühnen-Krankenhaus  
aus auf dem alten Bauh-Rich-  
hof in der Seestraße statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
224/7 **Der Vorstand.**

Deutscher  
Transportarbeiter - Verband.  
Den Mitgliedern zur Nach-  
richt, daß unsere Kollegin  
**Anna Duwaletzky**  
am 10. d. Mts. im Alter von  
52 Jahren verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 14. d. M., nach-  
mittags 4 Uhr, im städtischen  
Krematorium, Gerichtstr. 37-38  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
62/18 **Die Bezirksverwaltung**

Nachruf.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Führer-  
führer  
**August Klein**  
am 8. d. Mts. im Alter von  
46 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Bezirksverwaltung.  
Nach kurzem Leiden starb am  
9. April meine liebe Mutter,  
Schwiegermutter und Großmutter  
**Rosina Fender**  
geb. Keil.  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 3 1/2 Uhr von der  
Leichenhalle des Städtischen Ge-  
meinde-Friedhofes aus statt.  
Um stille Beileid bittet  
Frau **Anna Wolf**  
als Tochter,  
**Max Wolf**  
als Schwiegersohn, s. S. im Felde,  
Steglich, Duppelstr. 7.  
NB. Die Säuger treffen sich  
auf dem Friedhofe. 88/1

**Reuters Werte**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

Dankfagung.  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und Kranzspenden bei der  
Beerdigung meines lieben Mannes  
sage ich hiermit allen Freunden und  
Bekanntem sowie dem Deutschen Holz-  
arbeiterverband meinen herzlichsten  
Dank.  
58/1  
**Witwe Schütt** nebst Kindern.  
Stermt sage ich allen Freunden  
und Bekannten, insbesondere Herrn  
Wölke für die trotzreichen Worte am  
Grabe meines lieben Mannes  
**Otto Saagebrecht**  
sowie den Sängern, Gesangern und  
Verbandskollegen meinen herzlichsten  
Dank für die liebevolle Teilnahme.  
**Helene Saagebrecht**  
und Kinder.  
52/1

Dankfagung.  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und Kranzspenden bei  
der Beerdigung meines lieben Mannes,  
unseres guten Vaters  
**Heinrich Reininghaus**  
sagen wir allen Beteiligten, besonders  
der Verehrten und den Kollegen der  
Schultheis-Brauerei, Abt. I, sowie  
den Kollegen des Transportarbeiter-  
verbandes und dem Bahnerverein  
unseren herzlichsten Dank.  
87/1  
**Wwe. Reininghaus**  
nebst Kindern.

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin **Dirksenstraße 20**  
G.  
zwischen Scharhof Alexanderplatz und  
Vollzeppelinplatz. — Amt Kat. 3208.  
Für Damen Frauen-Bedienung.  
Referant für alle Krankenkassen.

Wie neu geboren  
fühle ich mich jetzt, denn innerhalb  
4 Stunden wurde ich von einem sieben  
Meter langen Bandwurms ohne jegliche  
Beschwerden durch **Reichels**  
**Bandwurmmittel**  
befreit, nachdem ich mich seit ein Jahr-  
lang über mein schlechtes Aussehen u.  
häufigen Schwächeanfälle gequält  
hatte. **Einfache Anwendung!** Für  
Erwachsene 2.- M., Kinder (Alters-  
angabe) 1.25 M. U.S. geht mit Marke  
„Medico“ u. **Cito Reichel, Berlin**  
13, Eisenbahnstr. 4. Wo in Dro-  
gerien nicht erhältlich, direkt Zufund.

**Rote + Geld-  
Lotterie**  
Ziehung 20., 21., 22. u. 23. April d. J.  
17 851 Geldgewinne von M.  
**600 000**  
**100 000**  
**50 000**  
zu dem amtlich festgesetzten Preise  
von M. 3.30, Porto u. Liste  
berechnet gegen Einsendung des Be-  
trages auf Wunsch auch gegen Nachn.  
**Manuel Eichwald,**  
Hamburg 36, Stephanplatz.



Die andere Wirkung.

Man schreibt uns:

In der ersten Beilage des „Vorwärts“ vom 7. April war unter der obigen Ueberschrift Bezug genommen auf die im Januar dieses Jahres in Frankreich veröffentlichten Friedensaufrufe von Sebastian Faure und Pierre Monatte. Der Friedensaufruf Sebastian Faures hat nun eine ganz sonderbare andere Wirkung noch gehabt — nämlich die, daß Faure gegenwärtig von einer weiteren Friedenspropaganda Abstand nimmt.

Ich kenne Sebastian Faure. Ich weiß, daß er ein Charakter ist; aber auch ein Mensch mit edlem Herzen, gefühlvoll und vor allem voll Verantwortlichkeitsgefühl für seine Handlungen. Wie kam Faure dazu, trotz seiner Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Friedenspropaganda für Frankreich gegenwärtig von dieser Propaganda Abstand zu nehmen? Sebastian Faure beantwortet die Frage selbst in einem Artikel: „Ich erkläre meinen Freunden, weshalb ich gegenwärtig von einer Friedenspropaganda Abstand nehme.“ Der Artikel wirft ein eigentümliches Schlaglicht auf die Verhältnisse in Frankreich und besonders auf die Verhältnisse im französischen Heere. Skizzieren wir den Artikel kurz:

Nach dem Erscheinen des Faureschen Flugblattes lud der französische Minister des Innern Malvy den Verfasser für den 26. Januar zu einer Unterredung ein. Herr Malvy streute zu Beginn der Unterhaltung seinem Gäste einige Blumen des Lobes und kam dann auf den Friedensaufruf zu sprechen, den er trotz der grobmütigen und lobenswerten Absicht gefährlich und schädlich nannte. Warum? Frankreich habe den Krieg nicht gewollt; er sei ihm aufgezwungen worden; das Ende des Krieges könne nicht beschleunigt werden, bevor der Sieg nicht errungen sei. Der Friede sei wünschenswert; doch die Zeit dafür noch nicht gekommen. Faure solle also in diesem Augenblick jede Propaganda zu Gunsten des Friedens einstellen. Nicht für immer. Er — Herr Malvy — bitte darum, nicht als Mitglied der Regierung, sondern als Demokrat und Freidenker.

Sebastian Faure sprach nun — als Franzose — daß er selbstverständlich keinen Frieden um jeden Preis, keinen Frieden, der Frankreich demütige, wolle, sondern einen Frieden, der den früheren Zustand wieder herstelle, der eine ruhige, friedliche Entwicklung Europas gewährleisten, wenn er auch nicht gleich die Vereinigten Staaten Europas mit sich bringe. Herr Malvy beeilte sich zu versichern, daß die französische Regierung dasselbe wolle. Aber jetzt von einem solchen Frieden reden, heiße entnerven, das Nationalgefühl schwächen, die patriotische Begeisterung entkräften. Faure erläuterte nun das Ziel seines Friedensaufrufes. Er habe die Köpfe an die Möglichkeit gewöhnen wollen, daß in nächster Zukunft der furchtbaren Tragödie ein Ende gemacht werden müsse, damit man diesen Gedanken nicht mit Voreingenommenheit zurückstoße. Er wollte ein Wort der Menschlichkeit erklingen lassen, weil er es schädlich halte für die Völker, monatelang in einer Atmosphäre des Hasses zu leben.

Herr Malvy führte nun ein schärferes Geschütz auf. Er wollte zeigen, daß eine Friedenspropaganda in Frankreich im Interesse Deutschlands läge. Er tat, als glaube er an das Märchen, deutsche Spione agitierten in Südfrankreich für den Frieden. Faure opponierte dagegen heftig. Da fuhr der Herr Minister sein stärkstes Geschütz auf. Er stellte dar, daß der Aufruf von den Soldaten in den Schützengräben eifrig gelesen werde und von Hand zu Hand ginge. Es müsse bestrafet werden, daß die Ideen des Aufrufes mit Begeisterung von den Soldaten aufgenommen würden. Die französischen Soldaten brennten vor Ungeduld heimzukehren; sie träumten vom Ende des Krieges. Die Offiziere wußten, daß der Aufruf in den Schützengräben gelesen und lebhaft besprochen werde. Eine stille Untersuchung sei eingeleitet worden. Es habe sich ergeben, daß viele Soldaten an Faure geschrieben hätten; in den Händen der Militärbehörde befände sich ein großes Anlagematerial. Es sei erwogen worden, ob nicht die Briefschreiber zur Abschreckung anderer erschossen werden sollten.

Das sagte Herr Malvy. Auf wessen menschliches, der

Verantwortung sich bewußtes Herz hätte das nicht gewirkt? Sebastian Faure schreibt: „In diesem Augenblick, ich will das nicht verschweigen, weil es die Wahrheit ist, war ich auf das tiefste erschüttert. Ein größerer, mächtiger Schmerz ergriff mein Herz und Tränen kamen in meine Augen. Welche Gewissensbisse mußte ich bei dem Gedanken erleben, daß andere für mich bestraft werden sollen. Denn, wenn es einen Schuldigen gibt, dann bin ich der Schuldige. Und wenn jemand bestraft und gerichtet werden sollte, so bin ich es allein. Ich bin es, ich, der ich niemanden in eine Falle bringen, der die ganze Verantwortung auf mich nehmen wollte, indem ich als einziger meinen Aufruf unterzeichnete.“

Herr Malvy hatte gut gewählt. Er hatte das Herz getroffen. Er beruhigte Faure. Im Ministerium gäbe es Männer, die grundsätzliche Gegner aller schroffen Maßnahmen, der Feldgerichte und des abgekürzten Verfahrens seien. Diese Männer hätten sich entschieden gegen alle rigorosen Maßnahmen gegen die Gefinnungsgegnossen Faures ausgesprochen. Er — Malvy — habe erreicht, daß alle Dokumente in dieser Angelegenheit, Berichte, Briefe und Protokolle ihm übergeben worden seien. Alles sei verbrannt, sei in Asche verwandelt.

Herr Malvy gab Sebastian Faure sein Ehrenwort, daß alles verbrannt sei. Daraufhin gab Faure sein Wort, von der weiteren Friedenspropaganda gegenwärtig Abstand zu nehmen.

Sebastian Faure hat den Bericht über seine Unterhaltung mit Herrn Malvy noch am gleichen Tage niedergeschrieben. Er wollte eine Erklärung geben, weshalb er gegenwärtig von der Fortsetzung seiner Friedenspropaganda Abstand nimmt. Weiter nichts. Die Erklärung ist einfach und klar. Und dennoch, auch sie wird ihre andere Wirkung haben.

Politische Uebersicht.

Die Kartoffelversorgung.

Amlich. Berlin, 12. April. (B. Z. B.) Um den Kartoffelbedarf namentlich der minderbemittelten Bevölkerung in den größeren Städten für Frühjahr und Sommer 1915 unbedingt sicherzustellen, muß eine angemessene Kartoffelmengung aus dem Verkehr gezogen und festgelegt werden. Die Reichsverwaltung hat den Ankauf möglichst großer Vorräte daher in die Wege geleitet. Außerdem hat der Bundesrat in seiner Sitzung vom 12. April 1915 weitere Maßregeln beschlossen. Zur Durchführung der Kartoffelverteilung ist eine Behörde vorgesehen unter dem Namen „Reichsstelle für Kartoffelversorgung“, die dem Reichskanzler unterstellt ist. Sie soll aus einem Reichskommissar und mindestens zwei Mitgliedern bestehen. Der Behörde steht ein Beirat zur Seite, der sich aus Vertretern der Landwirtschaft, der Städte, des Handels und der Verbraucher zusammensetzt. Das Zwischenglied zwischen der Reichsstelle und den Verbrauchern sollen die Kommunalverbände bilden, die ähnliche Aufgaben bereits auf anderen Gebieten mit Erfolg übertragen erhalten haben.

Von einer allgemeinen Beschlagnahme der Kartoffeln wie beim Getreide ist wegen technischer Schwierigkeiten und wegen der Gefahr der Verderbens bei ungenügender Behandlung und Aufbewahrung der beschlagnahmten Kartoffeln abgesehen. Insofern die zur Ernährung der Bevölkerung notwendigen Kartoffeln nicht innerhalb des Bezirks vorhanden sind, werden die Kommunalverbände den Fehlbetrag, der durch freihändigen Ankauf nicht gedeckt werden kann, unter eingehender Begründung seiner Höhe bei der Reichsstelle an, die darüber entscheidet, ob die Annehmungen zu berücksichtigen sind oder nicht. — Die Reichsstelle kann die Ueberweisung von Kartoffelmengen aus einem Kommunalverband an einen anderen Kommunalverband oder an die Reichsstelle verlangen. Die Kommunalverbände, aus denen Kartoffeln abzugeben sind, können diese Mengen freihändig ankaufen, sie nötigenfalls auch zwangsweise sicherstellen. Auf Mengen, die zur Erfüllung von Verträgen erforderlich sind, darf nicht zurückgegriffen werden, wenn diese Verträge nachweislich vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen worden sind und wenn ihr Inhalt von einem der Vertragsschließenden bis zum 26. April 1915 einschließlich dem Kommunalverband, in dem die zu liefernden Kartoffeln lagern, mitgeteilt ist. Der Rückgriff ist zulässig, wenn die Reichsstelle es genehmigt oder verlangt. Auch soll die

Reichsstelle berechtigt sein, in die bei Inkrafttreten dieser Verordnung laufenden Lieferungsverträge als Erwerber einzutreten. Von diesem Rechte wird im allgemeinen jedoch nur mit aller gebotenen Vorsicht Gebrauch gemacht werden.

Die Kommunalverbände können im übrigen alle zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kartoffeln erforderlichen Maßnahmen in ähnlicher Weise treffen, wie sie bei der Regelung des Verkehrs mit Getreide und Mehl zulässig sind. Erwähnt sei hierbei ausdrücklich, daß Ausführungsverträge von Kartoffeln aus dem Bezirk eines Kommunalverbandes sich nicht erstrecken dürfen auf Mengen, die im Eigentum des Reiches, eines Bundesstaates, der Militärverwaltungen, eines Kommunalverbandes, der Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft oder der Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin stehen, oder auf Mengen, die zur Erfüllung von Verträgen erforderlich sind, wenn diese Verträge vor Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen und ihr Inhalt bis zum 26. April 1915 dem Kommunalverband, in dem die zu liefernden Kartoffeln lagern, mitgeteilt ist.

Der Ankauf der Kartoffeln wird zu Freisen erfolgen müssen, die dem Landwirt neben dem Höchstpreis ein Entgelt für Aufbewahrung, Behandlung und Risiko bietet. Diese Preise werden vielfach für die minderbemittelte Bevölkerung zu hoch sein. Die Reichsverwaltung wird daher den Kommunalverbänden beim Erwerb von Kartoffeln, der zur Versorgung ihrer minderbemittelten Bevölkerung durch die Reichsstelle erfolgt, die Mehrkosten ersetzen, die durch die genannte Sondervergütung den Landwirten über den Höchstpreis gezahlt werden. Dadurch werden die Kommunalverbände in die Lage gesetzt, diese Kartoffeln zu demselben Preise abzugeben, wie sie sich nach den gegenwärtigen Höchstpreisen für Landwirte zuzüglich der Fracht und der hinzutretenden geringen Spesen stellen.

Die Gegenrechnung.

Die „Freie Vaterländische Vereinigung“ will nach ihrem etwas verschwommenen Programm die in der Kriegszeit fruchtbar gewordenen Kräfte auch in Friedenszeiten hinüberretten und politisch wirksam machen. Der Reichskanzler hat sich dazu bekanntlich verbindlich zustimmend geäußert, während die bürgerlichen Parteien sich zurückhielten. Jetzt wendet sich der konservative Professor Ehrenberg im „Tag“ gegen das Programm der Vereinigung, weil es ihm, kurz gesagt, zu viel Rücksicht auf die Bestrebungen nimmt, gegen die Professor Ehrenberg stets Stellung genommen hat. Er schreibt:

Der erste Grundsatz lautet: „Dem Deutschen darf niemand näher stehen als sein Reichsgenosse.“ Darüber gibt es seit Ausbruch des Krieges hoffentlich keine Meinungsverschiedenheit mehr. Dem ersten Grundsatz schließt sich die erste Forderung an: „Wer sich dazu bekennt, hat auf rückhaltlose Anerkennung seiner nationalen Gesinnung Anspruch.“ Von diesem Gesichtspunkt aus ist das geltende Recht einer Durchsicht zu unterziehen.“ Diese Forderung wird ebenfalls rückhaltlose Zustimmung finden, wenn vorausgesetzt werden kann, daß das „Bekanntnis“ zu jenem Grundsatz auch dessen Betätigung in täglichen Kämpfen der Meinungen, Parteien, Interessen erfordert, daß also nicht wieder eine Kampfsweise einleitet, die jenem Grundsatz widerspricht. Gewiß hält die Vereinigung zum Beispiel den Klassenhaß und seine Betätigung nicht für vereinbar mit dem Grundsatz, der an der Spitze ihrer Erklärung steht. Im Kriege ist er sofort zurückgedrängt worden; im Frieden darf er ebenso wenig wieder geduldet werden. Mit Recht verlangt er von den Unternehmern, daß sie die Arbeiter als „Reichsgenossen“ rückhaltlos anerkennen und diese Gesinnung unausgesetzt betätigen; ist das aber möglich, wenn die gleiche Gesinnung nicht auch auf Seiten der organisierten Arbeiter betätigt wird? War es nicht nötig, das gerade hier zu sagen, statt in einem verdeckten Winkel am Schluß der ganzen Erklärung? Und wäre es nicht notwendig, es jetzt wenigstens mit brüderlichem Freimuth zu sagen? Wer war es denn, der den Geist des Hasses in unser öffentliches Leben brachte?

Darin liegt der Anspruch, daß die Sozialdemokratie ihre auf die wissenschaftliche Arbeit von Marx und Engels sich gründenden sozialen und historischen Anschauungen zu widerrufen habe, falls uniere Partei Anspruch darauf erhebt, von Herrn Professor Ehrenberg als „Reichsgenosse“ behandelt

Wenn die Russen kommen!

W., 3. April 1915.

Das Elend der Flüchtlinge in seiner bittersten und härtesten Form hat nun auch die Bevölkerung des nordöstlichen Zipfels von Deutschland kennen gelernt. Wie wenn der Wolf die Herde schenkt, so trieben die nach Remel vordrückenden Russen friebliche Einwohner vor sich her: Männer, Frauen, Greise und Kinder! So groß ist der Schrecken, den des Jaren Krieger vor sich her verbreiten, daß ein Gerücht von ihrem Herannahen genügt, um unter den vermeintlich Bedrohten eine wilde Panik hervorzurufen. Zuviel des Entsetzlichen hat man schon erlebt, als daß der Ruf: „Die Russen kommen!“ nicht bei jedem die Vorstellung von Raub, Mord, Vergewaltigung und Brand erwecken könnte. Ich sah Ostpreußen auf der Flucht in seiner Hast, Angst und Kopflosigkeit, die das Elend und die Not über das durch die Umstände gegebene Maß hinaus steigerten. Dann erlebte ich, wie in das Hin- und Herfluten der Flüchtlinge ein Moment der Ruhe, Gelassenheit und Ordnung hineinkam. Solche Wüderung des Elends oder das Verhindern unnötiger Schmerzen und Qualen muß durch Erfahrungen traurigster und peinigendster Art erlangt werden. Diesen Preis hatten die kürzlich von der Russenangst gepackten Remeler noch nicht bezahlt. Die Schreckenstage im vergangenen Monat haben sie mit dem Tribut reichlich belastet. Schnee lag noch auf den Feldern, als die russischen Heerzeichen sich heranwagten. Es war bitter kalt und nah zugleich. Von den Grenzdörfern her wälzte sich die Woge der Flüchtlinge, vorwiegend Frauen und Kinder, auf Remel zu. Ein Teil blieb hier, glaubte in Remel vor Gefahren gesichert zu sein; andere hasteten weiter und rissen viele Einwohner der Stadt in wildem Strudel mit sich fort. Die meisten der Flüchtlinge suchten die Kebrung zu gewinnen. Hier gab es aber nur für eine geringe Anzahl Unterkunft. Auch fehlte es an Lebensmitteln. In der Hast und Aufregung dachte man nicht daran, sich mit Vorräten zu versehen. Man begab sich notdürftig bekleidet auf die Flucht. Tausende litten infolgedessen große Entbehrungen; einige Kinder erfroren. Ohne es in der qualvollen Aufregung und tollen Hege zu bemerken, verlor eine Mutter unterwegs ihr Kind, das sie in etwas Bettzeug verpackt im Arm trug. Andere Kinder wurden im Gedränge von der Seite ihrer Angehörigen gerissen und irren jammernd umher; hilflose Weiber und Greisinnen schlepten sich mühsam dahin. Viele wuchten nicht moßin. Die Angst trieb sie weiter. Dergleichen Bilder des Schreckens sah ich oft im Laufe der letzten acht Monate. Viele

Tausende von Ostpreußen durchkosteten das Flüchtlingselend, ein großer Teil von ihnen mußte sogar den Kelch der Leiden mehrere Male leeren. Von vielen, die bei der ersten Invasion der Russen nicht geflüchtet waren, hörte ich, daß sie um keinen Preis zum zweiten Male zurückbleiben würden. Wenn sie die erste Zeit der Russenherrenschaft auch ohne direkte Schädigung an Gesundheit und Leben überstanden hatten, wenn sie auch der Gefahr des Verschleppertwerdens entronnen waren, die ausgehenden Schreden wollten niemand noch einmal durchmachen. Zudem fürchtete man, die zweite Herrschaft der Russen würde schrecklicher werden als schon die erste gewesen war. Solche Besürchtigungen haben sich leider als nur zu berechtigt erwiesen. Fast überall hatten demokratisierte Truppen die Oberhand; entgegenstehende Befehle der Kommandeure und die Bemühungen der besseren Elemente unter den russischen Soldaten konnten Brutalitäten schlimmer Art, Raub, sinnlose Zerstörung und Brandstiftung nicht verhindern. Wenn man auf diese Folgen des Krieges hinweist, taucht die Frage auf: „Litten die Bewohner russischen Gebiets nicht in der gleichen Weise unter der Invasion der Deutschen?“ Soweit meine eigenen Erfahrungen und Wahrnehmungen reichen, muß ich auf eine solche Frage mit einem glatten Nein antworten. Selbstverständlich hatte der Einmarsch der Deutschen in Polen für die dortigen Bewohner ebenfalls Beschwerden, Leiden und Schädigungen im Gefolge, wie sie eben mit einem Kriege untrennbar verbunden sind: Einquartierungen, Störung des Berufslebens, Einschränkungen in der Lebenshaltung, bedingt durch das Anknappwerden von Nahrungsmitteln, das alles gehört sicher nicht zu den Annehmlichkeiten des Daseins. Auch mögen einzelne Ausschreitungen vorgekommen sein; daß jedoch die Deutschen auch nur entfernt so böse gehandelt hätten wie die Russen in Ostpreußen, das wird niemand auch von feindesseitige behaupten können. Die Polen und Juden im Grenzgebiet werden auch nicht durch die Angst vor den Deutschen in die Flucht getrieben. Fast überall blieb der größte Teil der Bevölkerung im Heimatort, wenn deutsche Truppen heranrückten. Man floh vielleicht aus Besorgnis vor den Folgen der Kämpfe um ihr Dorf oder aus Angst vor den Russen. Nach dem ersten Auszug der Deutschen aus dem besetzten russischen Gebiet hat es eine Reihe von Leuten bitter büßen müssen, wenn Denunziationen oder bloßer Verdacht sie der Deutschfeindlichkeit bezüchtigte. Solchen Verlegenden ging mancher durch die Flucht ins Innere Rußlands aus dem Wege, der sonst sicherlich ruhig in seinem Heim geblieben wäre. Die Tatsache, daß die Zivilbevölkerung sowohl in Rußland als auch in Deutschland im allgemeinen aus Angst vor den Russen floh, ist ein sprechender Beweis für die Verschiedenartigkeit des Verhaltens deutscher und russischer Truppen. Von den „Heldentaten“ bar-

barischer Krafen und ihnen gleichwertiger Truppen soll natürlich nichts in die Heimat berichtet werden.

Damit die Soldatenbriefe zur Hebung der erwünschten Stimmung beitragen, werden den russischen Heeresangehörigen gedruckte Briefmuster zugestekt, die sie als Unterlage für ihre Schreiben in die Heimat benutzen sollen. Ein solcher gedruckter, von mir auf dem Schlachtfelde aufgehobener Musterbrief lautet in ziemlich wörtlicher Uebersetzung:

„Meine geehrten und Lieben Eltern! Ich sende Euch einen untertänigen Gruß und schreibe von mir und meinem Leben. Wir befinden uns jetzt in den Stellungen.

An Euch, meine Eltern, denke ich, und Euch zu sehen wünsche ich. Wir werden den Deutschen, den Feigling, verhaßen. Dann kehre ich zu Euch zurück.

Ich benachrichtige Euch, daß ich Gott sei Dank gesund bin, was ich auch Euch von Herzen wünsche. Wir hatten ein Gefecht und Gott schenkte uns einen großen Sieg.

Lappere Kerle sind die russischen Soldaten, Sie spucken auf die Augen und Granaten. Sie sind Scharfschützen: Sobald sie nur laden, fallen die Deutschen wie gemäht. Bei ihrem Wilselst ist der Schmutzbari gedreht, und von Nummer dreht sich sein Verstand.

Ich kann Euch, meine verehrten Eltern, auch erzählen, daß sich viele Feinde zu uns in Gefangenschaft begeben, und nach dem letzten Gefecht mußten wir wieder einen Trupp Soldaten nehmen. Weib der Teufel, wohin wir sie stecken sollen. Sehnt Euch nicht nach mir, meine verehrten Eltern. Bald werde ich zurückkehren und Euch erzählen:

Daß die Oesterreicher rote Hosen haben, und unsere Kerle brave Köpfe.

Schwer machen wir es den Deutschen, aber es geschieht ihnen recht.

Sie sollen wissen, Mit wem sie es anfangen. Sie wollten uns verhaßen. Aber sich, sie reumen davon, Daß die Erde lebt.“

Dieses Briefmuster, es gibt deren eine ganze Anzahl verschiedener, läßt ahnen, was das russische Volk über den Krieg erfährt.

Düweil, Kriegsberichterhalter.



zu werden. Aber Ehrenberg verlangt noch mehr. Die neue Partei der Parteilosen fordert in ihrem Programm, daß mit Rücksicht auf die Steigerung und Erhaltung der deutschen Volkskraft, die der inneren Festigung des Reiches dienende soziale Fürsorge bei gebührender Rücksicht auf die Tragfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft stetig fortzuentwickeln sei. Dazu sagt Ehrenberg:

„Sicherlich ist die soziale Fürsorge ein unentbehrliches Mittel zur Erhaltung und Steigerung unserer Volkskraft. Aber läßt sich das von jeder Art sozialer Fürsorge sagen? Auch von einer solchen, welche die Arbeitslosigkeit, diese wichtige Quelle der deutschen Volkskraft, schädigt? Ist also z. B. die Arbeitslosenversicherung ein Mittel der „Schadenverhütung“, welches geeignet ist, unsere Volkskraft zu erhalten und zu heigern?“

Wir bejahen das selbstverständlich. Aber Ehrenberg ist da offenbar anderer Meinung. Sehr merkwürdig ist auch sein Einwand gegenüber der Forderung nach dichter Besiedelung des heimischen Bodens:

„Der Bauernstand und der landwirtschaftliche Großbetrieb lassen sich nur erhalten, wenn die Heimatspolitik neben Kleinbetrieben auch genügende Massen inländischer Arbeitskräfte schafft, damit wir die Hunderttausende ausländischer Wanderarbeiter entbehren können.“

Nun vertragen sich ja Großbetrieb und dichte Besiedelung sehr gut, wenn ländliche Arbeitergenossenschaften die landwirtschaftliche Produktion in die Hand nehmen. Aber Ehrenberg will im Gegenteil die Aufrechterhaltung der Unterschiede von Groß- und Kleinbetrieb auf der Basis der jetzigen Eigentumsverteilung.

Wenn Professor Ehrenberg durch seinen Artikel eine Diskussion einzuleiten wünschte, so können wir nur sagen, daß seine Deutung des Programms der neuen „Vereinigung“ in der Arbeiterchaft wenig Freunde finden wird.

### Das Spionagegesetz und die Presse.

Das „Schweizer Tagblatt“ hat am 3. September ein Stimmungsbild veröffentlicht, worin die Durchsicht von Truppen geschilbert und hinzugefügt war, daß die auf der Fahrt zum „Casel Nikolaus“ befindlichen kriegstüchtigen Truppen „auch gegen die Russen die Herzen bleiben werden, die sie schon in Frankreich und Belgien gewesen seien“. Der Redakteur wurde angeklagt, weil er eine durch Bekanntmachung des Reichskanzlers unterlagte Mitteilung über Truppenbewegungen gemacht und dadurch gegen den § 10 des Spionagegesetzes gefehlt habe, wonach die vorläufige Veröffentlichung solcher Mitteilungen während eines Krieges gegen das Reich entgegen einem Verbot des Reichskanzlers strafbar ist. Das Reichsgericht hat jetzt die Beurteilung des Redakteurs an sich für gerechtfertigt erklärt und dem Landgericht nur eine nochmalige Verhandlung nach der Richtung aufgetragen, ob die Angabe des Angeklagten richtig sei, daß die strafbare Veröffentlichung ohne sein Wissen in die Zeitung gelangt sei. In diesem Fall würde der Redakteur straffrei sein; aber die Strafbarkeit an sich hat das Reichsgericht ausdrücklich festgestellt.

### Verlängerung der Wahlperiode für die Hamburger Bürgerchaft.

Der Hamburger Senat hat der Bürgerchaft einen Gesetzentwurf über die Verlängerung der Wahlperiode für die Bürgerchaft vorgelegt. Zur Begründung des Entwurfs wird gesagt:

Die nächste halbjährige Erneuerung der Bürgerchaft hat zum 1. März 1918 stattzufinden. Erfahrungsgemäß würde, wenn an diesem Zeitpunkt festgehalten wird, schon in nächster Zeit mit den Vorbereitungen für die Wahlen begonnen werden. Die Bürgerchaft und die Bevölkerung werden aber mit dem Senat darin übereinstimmen, daß es vermieden werden müsse, die Geschlossenheit und Einmütigkeit, mit der das deutsche Volk den ihm aufgewungenen Krieg führt, durch einen Wahlkampf zu stören. Es wird sich daher empfehlen, die Bürgerchaftswahlen dadurch hinauszuschieben, daß die Zeitdauer, für welche die gegenwärtig der Bürgerchaft angehörigen Mitglieder gewählt sind, verlängert wird. Die Verlängerung der Wahlperiode wird zweckmäßig in der Weise erfolgen, daß nicht nur die nächsten, sondern zugleich auch alle künftigen Bürgerchaftswahlen auf ein Jahr hinausgeschoben werden.

### Dr. Heim in der luxemburgischen Regierung.

Der bayerische Bauernbündler Dr. Heim hat die von der Regierung aus Anlaß des Krieges ergriffenen wirtschaftlichen Maßnahmen ziemlich scharf kritisiert, namentlich tabelte er, daß nicht bereits im Frühjahr eine Beschlagnahme des Getreides stattgefunden hat. Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg, die für die kommende Ernte umfassende Maßnahmen treffen will, hat jetzt Herrn Dr. Heim für die Ausarbeitung von Bestimmungen über die Beschlagnahme und das Verteilen inländischer Getreidevorräte verpflichtet. Er ist als Mitarbeiter und Ratgeber der Regierung im Regierungsgebäude in Luxemburg tätig.

### Verurteilungen im Elsaß.

**Strasbourg (Elsaß), 12. April. (W. T. V.)** Die „Straßburger Post“ meldet aus Mülhausen: Wegen versuchten Kriegsverrates verurteilte das Kommandanturgericht in Mülhausen den Amtsrichter Aker aus Seunheim zu drei Jahren Zuchthaus. Aker, der während der Anwesenheit der Franzosen in Seunheim eine anscheinend noch nicht ganz aufgeklärte, nach seiner Angabe unfreiwillige Automobilsahrt in Begleitung französischer Offiziere nach Velfort unternommen hatte, war schon vor dem Krieg durch sein deutschfeindliches Benehmen aufgefallen. Es war auch bemerkt worden, daß eine von den Franzosen mitgebrachte schwarze Liste am Tage nach der erwähnten Fahrt nach Velfort in abgeänderter Form zur Wirkung gekommen war. In der Verhandlung, in der diese Tatsachen zur Sprache kamen, wurde dem Angeklagten vornehmlich nachgewiesen, daß er kurz nach dem Abzug der Franzosen und vor dem Einzuge der Deutschen, einer Familie, die in Seunheim als deutschfreundlich galt und der man, allerdings mit Unrecht, die Aufstellung einer Liste von „Unzuverlässigen“ nachsagte, vor seinen Richterstuhl zitierte und sie dort durch die Drohung, er werde sie durch eine französische Patrouille verhaften lassen, von ihrem angeblichen Verhören abzubringen versuchte. Das Gericht erklarte in diesem Verhalten versuchte Vorführung im Interesse einer feindlichen Macht, was wegen der Anstellung des Angeklagten als deutschen Richter streng zu bestrafen sei.

**Strasbourg i. Elsaß, 12. April. (W. T. V.)** Die „Straßburger Post“ berichtet: In Kolmar wurde der Notar Camps aus Scheueller, der Unteroffizier in der Reserve war, wegen deutschfeindlichen Verhaltens vom Kriegsgericht zu zwei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt.

### Ministerialerlaß über die Beschäftigung von Kriegsgefangenen.

Minister von Breitenbach weist in einem Erlaß auf eine stärkere Heranziehung der Kriegsgefangenen zur Arbeit in der Landwirtschaft und der Industrie hin. In dem Erlaß heißt es: „Infolge der Einberufungen zum Wehrdienst und der zunehmenden Tätigkeit auf dem Gebiete der Industrie und des Ge-

werbes hat das Angebot von Arbeitskräften sehr nachgelassen. Landwirtschaft und Bauwerke nehmen zahlreiche Leute in Anspruch, und da auf Zugang aus dem Auslande nicht zu rechnen ist, ist ein Arbeitermangel zu befürchten. Darunter wird auch die Eisenbahnverwaltung leiden, die beim Eintritt milder Witterung die Bau- und Unterhaltungsarbeiten in größerem Umfang wieder aufnehmen muß. Da es im Interesse der allgemeinen Landesversorgung unerlässlich ist, auf die Arbeiterbedürfnisse der Landwirtschaft und der die Rohstoffe schaffenden Industrie weitgehendste Rücksicht zu nehmen, wird nur übrig bleiben, auf die zahlreichen Arbeitskräfte zurückzugreifen, die sich in den Kriegsgefangenen bieten. Es sind Maßnahmen getroffen worden, daß Kriegsgefangene in der Landwirtschaft, im Bergbau, in industriellen und gewerblichen Betrieben zur Arbeit herangezogen werden. Aber auch im Bereich der Eisenbahnverwaltung wird angestrebt werden müssen, Kriegsgefangene überall, wo dies zweckmäßig und unbedenklich erscheint, heranzuziehen. Von der Arbeit an durchgehenden Betriebsgleisen und solchen Bahnhofsgleisen, die regelmäßig dem Jugoverkehr dienen, sind Kriegsgefangene in Rücksicht auf das obenstehende Interesse der Betriebssicherheit zwar fernzuhalten. Es wird sich aber anderwärts genügende Arbeitsgelegenheit für Gefangene finden, die auszuwählen ich den Eisenbahndirektionen überlassen will. In erster Linie werden Arbeiten aller Art bei Neubauten in fiskalischen Kreis- und Staatsbahnen, auf Kohlenlagern, Hafen- und Umschlagplätzen, bei Materialmagazinen, Schwellenlagern und dergleichen ins Auge zu fassen sein, aber auch Erd- und sonstige Arbeiten, bei Bahnhofsarbeiten usw., soweit sie nicht die Hauptgleise betreffen, ferner Gleisunterhaltungsarbeiten auf Nebengleisen werden in Frage kommen.“ Der Minister erwartet, daß die Direktionen die Unternehmer zur Beschäftigung von Gefangenen veranlassen. Die Überweisung solcher werde, nachdem die Heeresverwaltung kleinere Trupps an Gemeinden für landwirtschaftliche Arbeiten und dergleichen abzugeben sich entschlossen und die Bewachung der Einzelarbeiten durch zuverlässige Hilfswachmannschaften zugelassen habe, keine Schwierigkeiten bieten. Nebenbei seien Gefangenenlager so zahlreich vorhanden, daß an vielen Stellen tägliche Entnahme von Arbeitskräften und deren Rückbeförderung sowie die Beschäftigung aus dem Lager möglich sein werde.

### Die italienischen Staatseinnahmen während des Krieges.

Die jenseits bekanntgegebenen hauptsächlichsten Einnahmen des italienischen Staates in den 8 Monaten vom 1. Juli bis 1. März weisen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des vorigen Finanzjahres einen Rückgang von 72 Millionen Lire auf. Der Hauptausfall trifft den Weizenzoll, der infolge des Krieges zuerst herabgesetzt und dann aufgehoben wurde, und nur 17 Millionen ergab, 44 Millionen weniger als im Vorjahre. Auch die anderen Zölle und die Fabrikationssteuern sind stark, nämlich um 60 Millionen zurückgegangen, sowohl infolge der verminderten Einfuhr als wegen des Rückganges der einheimischen Zucker- und Spiritus-erzeugung. Die Einnahmen aus den öffentlichen Diensten (ausgeschlossen der Staatsbahnen, die eine autonome Verwaltung haben) sind um 1,4 Millionen vermindert; der Rückgang der Post um über 8 Millionen Lire wird durch 4,8 Millionen Lire vermehrter Einnahmen aus Telegramm- und Telephonien teilweise ausgeglichen. Einen tüchtigen Zuwachs weisen dagegen die direkten Steuern auf, vor allem, weil man die Steuer-schraube schärfer angezogen hat, was bei dem italienischen, nicht auf Selbstschätzung beruhenden System leicht möglich war. Die Steuer auf dem Einkommen (bewegliches Eigentum) hat 24 Millionen mehr ergeben. Ein Zuwachs von 18 Millionen Lire ist auch für das Tabakmonopol zu verzeichnen. Um die Kriegskosten für die Staatsfinanzen Italiens recht einzuführen zu können, muß man neben die zurückgehenden Einnahmen die wachsenden Ausgaben stellen, wie sie sich aus den Postenarbeiten und vor allem aus der Einberufung so vieler Jahrgänge ergeben.

### Aus der Partei.

#### Zur Geschichte eines Artikels.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ teilt zur „Vorgeschichte“ eines von ihr abgedruckten Artikels aus der Feder des Genossen Cohen (Neuß) mit:

„Einem Bernsteinischen Artikel, der sich gegen die Kreditbewilligung ausdrückt, hat der „Vorwärts“ Aufnahme gewährt. Die kurze nachfolgende Erwiderung des Genossen Cohen lehnt die „Vorwärts“-Redaktion ab, trotzdem sich der Verfasser durchaus an die Ausführungen Bernsteins im „Vorwärts“ gehalten hat.“

Diese Darstellung, die in der bürgerlichen Presse zu weitergehenden Folgerungen ausgenutzt wird, ist nur teilweise richtig. Wahr ist vielmehr: Genosse Bernstein veröffentlichte den vielörterten Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“, nachdem der „Vorwärts“ diesen Artikel abgelehnt hatte. Der „Vorwärts“ übernahm dann Bruchstücke, die in einer Polemik der „Freisinnigen Zeitung“ gegen Bernstein enthalten waren, einschließlich dieser Polemik. Darauf ersuchte uns Genosse Bernstein um Aufnahme einer Entgegnung auf die Angriffe der „Freisinnigen Zeitung“. Gegen diesen Artikel Bernsteins nun noch den Genossen Cohen polemisieren zu lassen, verbot sich schon deshalb, weil wir dann auch eine Entgegnung von Bernstein hätten bringen müssen. Ob sich das gerade in den Tagen empfahl, als der erste Bernsteinische Artikel das Verbot mehrerer Parteiblätter in der Provinz hervorrief, wird auch die Redaktion der „Chemnitzer Volksstimme“ nicht behaupten wollen. Der gegenwärtige Zustand gibt nur einmal den Freunden der Fraktionsmehrheit größere Freiheit als ihren Gegnern, und wir finden es höchst überflüssig, daraus dem „Vorwärts“ einen Vorwurf zu machen, daß er auf diese Tatsache einige Rücksicht nimmt.

#### Die Kaiserin in Oesterreich.

Die österreichische Parteivertretung und die Gewerkschaftskommission sind übereingekommen, der Arbeiterschaft Oesterreichs folgendes zu empfehlen:

„Auf die Arbeitsruhe am 1. Mai soll in diesem Jahre freiwillig verzichtet werden. Wir wollen von dem durch viele Tarifverträge geschützten Recht und von dem durch die ledung eines Vierteljahrhundert geheiligten Brauch der Arbeitsruhe nicht das kleinste Stück preisgeben. Wir wollen aber den durch den Krieg herbeigeführten Ausnahmeverhältnissen und Ausnahmegeresetzen Rechnung tragen, die eine Reihe von Verwicklungen und Schwierigkeiten herbeiführen könnten, die wir gerade jetzt vermeiden wollen. Demso wollen wir in diesem Jahre auf die üblichen Demonstrationstage verzichten, die im besten Falle nur an einzelnen Orten möglich wären, vielfach aber durch die behördlichen Ausnahmeverordnungen verhindert oder mindestens schwer beeinträchtigt werden würden. Wir wollen die Kaiserin diesmal auf Ratveranstaltungen am Abend des 1. Mai beschränken, die der ersten Zeit und unserer großen Sache würdig eingerichtet und durchgeführt werden sollen.“

Genosse Dr. Karl August Lehmann, der als Arzt im Elappenlazarett in Valenciennes (Nordfrankreich) tätig war, ist dort an den Folgen einer schweren Infektion gestorben. Genosse Dr. Lehmann war in München Gemeindevorstand und Mitglied des oberbayerischen Landrats.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### 25 Jahre Organisation!

„Ein Vierteljahrhundert! Es stehen die Zeiten  
Die die Welle vor'm Sturm, wie die Wolke vor'm Wind;  
Die müssen wohl streiten, wir müssen wohl ringen —  
Indessen die klügliche Stunde verfliehet.“

Mit diesem Kampfesvers wird der 25jährige Gründungstag der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Buch- und Steindruckhilfsarbeiter und -Arbeiterinnen eingeleitet. Dem Ernst der Zeit Rechnung tragend, ist jede feierliche Kundgebung unterblieben und nur in dem wenige Zeilen starken „Mitteilungsblatt“ der Zahlstelle Berlin wird in einem chronologischen Ueberblick mit prägnanter Kürze auf das 25jährige Bestehen hingewiesen.

Den ersten erfolgreichen Anstoß zur Gründung einer Zahlstelle gaben die große Keimstundebewegung der Buchdrucker, und die unerschönten Vorkommnisse bei der Arbeitsvermittlung des Hilfs-personals, die sich in sehr argem Zustand befand. Die Gründungs-beratungen fanden für das weibliche Hilfspersonal am 18. April, für das männliche Hilfspersonal am 4. Mai 1900 statt. In erster Linie waren es führende Berliner Buchdrucker, wie Döblin, Rastini, Wachs, Brezang u. a., die sich um die Organisation der Berliner Hilfsarbeiter großes Verdienst erwarben. Ihnen sowie den 24 noch lebenden Mitbegründern wird an diesem gewerkschaftlichen Jubiläumstage der Dank der gesamten Mitgliedschaft ausgesprochen.

Paula Thiede, die Verbandsvorsitzende, behandelt die ersten Jahre des neu gegründeten Vereins, der den Titel trug:

Verein der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruck-Schneltpressen.

Viele Erinnerungen knüpfen sich an den damaligen Stellenvermittler Herrn Neumann. Der von den Alten erinnert sich nicht der bevorzugten Plätze am Kellerfenster in der Teltower Straße. Tüchtige Punktiererinnen hatten ein Anrecht auf solchen Platz. Anlegerinnen oder Bogenfängerinnen mußten auf einem Plättchen Platz nehmen, das auf zwei Stühle gelegt war. Das Wohn- und Schlafzimmer des Vermittlers Neumann war der Aufenthaltsraum für die Stellungsuchenden. Auf Trennung der Geschlechter wurde geachtet. Bis die Arbeiterinnen den Nachweis verließen, mußten die männlichen Arbeitssuchenden auf der Kellertreppe Platz nehmen. Von 8 bis 12 $\frac{1}{2}$  Uhr war Nachweiszeit für Arbeiterinnen, und da das Telefon in dieser unterirdische Reich noch nicht gebrungen war, viele Prinzipale auch eine so „kostspielige“ Einrichtung noch nicht hatten, wurden die Arbeitssuchenden durch Postkarte oder Voten abgerufen. Die Gebühr betrug für Punktiererinnen 1 M., für Anlegerinnen 50 Pf., für Bogenfängerinnen 25 Pf., denselben Betrag zahlte auch der Prinzipal. Da Höchstpreise nicht bestanden, kam es oft zu Streitigkeiten. Die damit endeten, daß der Nachweiser von seinem Hausrecht Gebrauch machte und demzufolge Sieger blieb.

Die selbstherrliche und zeitweise ungerechte Vermittlung des Herrn Neumann brachte es mit sich, daß eine erkleckliche Anzahl Hilfsarbeiterinnen den Nachweis meiden mußte; von diesen ging der Gedanke aus, einen eigenen Arbeitsnachweis zu gründen. Am 5. März 1899 fand die erste Versammlung statt. Buchdrucker Philipp Schmitt hielt den einleitenden Vortrag über: „Die Gründung eines Vereins und Errichtung eines eigenen Arbeitsnachweises“. Ein Komitee wurde gewählt und mit den nötigen Vorarbeiten beauftragt. In welcher Weise ein stark organisierter Arbeitsnachweis bessernd auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wirken kann, ist hinreichend bekannt und bedarf an dieser Stelle keiner besonderen Betonung. Den Prinzipalen war die neue Organisation ein Dorn im Auge, und in einem Zirkular forderten sie auf, den Arbeitsnachweis der Hilfsarbeiter nicht zu benutzen; für das Anlernen von neuem Personal wurden jedem Maschinenmeister 10 M. versprochen. Der Erfolg der Selbständigmachung zeigte sich bald, und es blühten in anderen Orten Deutschlands überall Vereine auf auf der Grundlage der in Berlin gewonnenen Erfahrungen.

In die Bewegung für den Keimstundentag hineingezogen, wurde bald der Wunsch laut, ein eigenes Organ zu gründen. Eine Umfrage bei den Kollegen in Berlin, Hamburg, Hannover, Leipzig und Dresden ergab, daß ein einmütiges Bedürfnis für Schaffung eines eigenen Organs bestand.

Am 1. Juli 1891 erschien die erste Nummer der „Union“, die vom 1. Oktober ab „Neue Union“ genannt wurde, weil schon eine ältere Zeitung mit dem gewählten Namen bestand. Inner drohender Wolken am Berufshimmel zogen auf und am 8. Oktober 1891 begann der Kampf um die neunstündige Arbeitszeit, zu dessen Gelingen das Hilfspersonal rege beigetragen hat. Wie traurig die Entlohnung des Hilfspersonals noch war, erhellt daraus, daß, wie in einer gemeinsamen Versammlung am 2. November 1891 mitgeteilt wurde, die Notationsarbeiter von Rosse für eine Arbeitszeit von abends 10 bis 4 Uhr früh 12 W. Wochenlohn erhielten. Die Lage der Mitglieder zu verbessern, wurde eine gebietende Pflicht, und von 1890 Mitgliedern, die an der ersten Bewegung teilnahmen, wurden nach Beendigung noch glücklich 400 übriggebliebene gezählt, die dann den Grundstock zum Wiederaufbau der Organisation bildeten. Bis zur Gründung der „Solidarität“, dem jetzigen Kampforgan der Hilfsarbeiter, war Ph. Schmitt Leiter der „Neuen Union“. Nur durch die beherrschte Mitarbeit einer ganzen Reihe von Arbeiterinnen war es möglich, ein festes Fundament zu schaffen, das später zu einem stolzen Bau den Untergrund lieferte.

Inzwischen waren auch die männlichen Hilfsarbeiter nicht untätig gewesen. Am 27. März 1890 fand eine öffentliche Versammlung des männlichen Hilfspersonals statt, und in dieser wurde ein provisorischer Vorstand zur Ausarbeitung der Statuten und ähnlichem eingesetzt. In der ersten ordentlichen Generalversammlung am 4. Mai 1890 konnten bereits 250 Kollegen gemustert werden.

Es begann eine Periode der Drangsalierungen, die auch der Buchdrucker-Hilfsarbeiterorganisation nicht geschenkt wurden. Eine „Geschichte der Hilfsarbeiterorganisation“ der letzten 20 Jahre soll später erscheinen, daher wird darüber noch einiges zu sagen sein. Am 1. Januar 1900 kam die Einigung der bis dahin getrennt marschierenden, aber vereint schlappenden Berliner Zweigvereine zustande. Was diese längst reif gewesene Einigung für die gesamte Hilfsarbeiterschaft bedeutet, ist am deutlichsten zu erkennen, wenn man die Schlußabrechnung betrachtet:

Gesamt-Einnahme . . . . .	1 554 476,02 M.
„ Ausgabe . . . . .	1 400 689,73 „
Bestand am 1. Januar 1915	153 886,29 M.

Die Jubiläumsummer schließt:

„Wenn auch das blutige Völkerringen kolossale Wunden in unsere Reihen gerissen hat, steht die Berliner Zahlstelle nach acht Monaten noch ebenso fest da wie vor dem Kriege. Wir wünschen deshalb allen von uns gerissenen Kollegen gelinde und baldige Rückkehr, damit sie sich an dem weiteren Ausbau der Berliner Organisation wieder beteiligen können.“

Das wünschen auch wir. — Hoch die Organisation!



## Nachmal das Rundschreiben des Verbandes bayerischer Metallindustriellen.

Zu dem im „Vorwärts“ vom Sonntag, den 11. April, veröffentlichten Rundschreiben des Verbandes bayerischer Metallindustriellen wird uns aus dem Berliner Bureau des Metallarbeiterverbandes noch geschrieben:

Es ist zum Teil sehr erfreulich, was man aus diesem Rundschreiben entnehmen kann.

Als im vorigen Sommer, wenige Wochen nach Kriegsbeginn, die Arbeitskräfte in der Metallindustrie knapp zu werden begannen und die Löhne in die Höhe gingen, machten uns die Berliner Metallindustriellen allen Ernstes den Vorwurf, daß es die Taktik des Metallarbeiterverbandes sei, die Arbeitskräfte aus einzelnen Betrieben herauszuführen, um sie anderen Betrieben zuzuwenden. Auf diese Weise würde dann eine Lohnsteigerung erzielt. Wir wehrten uns dagegen und erklärten, daß die Metallindustriellen selbst durch ihr Treiben untereinander die Schuld an dem starken Wechsel tragen, da sie durch Versprechungen höherer Löhne die Arbeiter aus den Betrieben locken.

Mit den Behörden haben wir wegen dieser Erscheinung ebenfalls mehrfach verhandelt und auch dort die unserer Meinung nach richtigen Ursachen der starken Fluktuation angegeben.

Bei diesen Verhandlungen schien es uns, als ob die Metallindustriellen auch den Behörden gegenüber die Schuld an der großen Fluktuation in den Betrieben der Metallindustrie auf die Tätigkeit des Metallarbeiterverbandes zurückzuführen suchten. Das Rundschreiben des Verbandes bayerischer Metallindustriellen zeigt nun, daß die Behörden sich unserer Auffassung über die Ursachen der großen Fluktuation angeschlossen haben. Es war ja aber auch gar nicht anders möglich, denn die Beweise für die Richtigkeit unserer Erklärung der betreffenden Erscheinung lagen klar zutage und sind heute noch nicht ganz verschwunden. Heute noch bemüht sich unter anderem ein neu entstandener Betrieb in einem östlichen Vorort Berlins, unter allen möglichen Versprechungen aus anderen Betrieben der Metallindustrie Arbeiter herauszuholen, wobei allerdings in vielen Fällen die Erwartungen der durch schöne Versprechungen herangelockten Arbeiter getäuscht werden. Im Kriegsausbruch ist die Firma schon des öfteren genannt. Wenn dieses Treiben sich noch weiter zeigen sollte, werden wir genötigt sein, den Namen dieser Firma öffentlich anzugeben.

Ubrigens möchten wir an dieser Stelle gleich einschalten, daß zwar die Löhne seit Kriegsausbruch in der Metallindustrie gestiegen sind. Das ist unserer Auffassung nach keine ungesunde Erscheinung. Die Verdienste haben sich nur einigermaßen den gewaltig gestiegenen Lebensmittelpreisen angepaßt, und das dürfte man wohl noch als gesund bezeichnen, besonders in einer Zeit, wo die Nachfrage nach Metallarbeitern so sehr stark ist.

Falls also es auch die Meinung der Behörden sein sollte, daß die Lohnsteigerung in der Metallindustrie eine ungesunde ist, müßten wir uns gegen diese Auffassung wenden. Wahrscheinlich aber ist diese Bemerkung nur vom Verband bayerischer Metallindustriellen gebraucht, von dem wir gern glauben, daß er jede Lohnsteigerung als ungesund bezeichnet.

Das im Rundschreiben erwähnte Inserieren der Metallindustriellen nach Arbeitskräften hat auch bei uns schon große Bedenken erregt, und gehen wir in unserer Auffassung bezüglich des Inserierens nach Arbeitskräften an sich mit den Metallindustriellen durchaus konform. Das Inserieren nach Arbeitskräften in auswärtigen Plätzen hat schon in Tausenden von Fällen bittere Enttäuschungen der Arbeiter hervorgerufen; denn meistens fanden die Arbeiter nicht, was sie nach den Inseraten und den nachher folgenden Schreiben bei den betreffenden Firmen erwarten konnten.

Nehmen wir doch einmal die Berliner Firmen, die im vorigen Herbst am meisten nach Arbeitskräften außerhalb Berlins inseriert haben, dann finden wir sofort, daß es Firmen sind, die in der einen oder anderen Weise bei den Arbeitern, die diese Firmen suchen, in schlechtem Ansehen stehen. Da sind Siemens u. Halske, Siemens-Schuckert, bekannt durch ihre gelben Jacken, desgleichen Schwachkopf-Bildau, und dann aus einem allerdings anderen Grunde die Firma Orenstein u. Koppel in Spandau. Daß diese Firmen dann, wenn ein klein wenig Knappheit an Arbeitskräften auf dem Berliner Arbeitsmarkt eintritt, sofort in Verlegenheit geraten würden, wußte jeder, der die Dinge nur einigermaßen kennt. Bei Siemens u. Halske, Siemens-Schuckert sowie Schwachkopf in Bildau sind es die gelben Bestrebungen der Firmen und bei Orenstein u. Koppel ist es der Berliner Verhältnisse bei weitem nicht angepaßte Lohn und Verdienst, der die Arbeiter abschrecken läßt, zu diesen Firmen zu gehen, und wenn solche Firmen nun durch Inserate ihrem Arbeitermangel abhelfen wollen, dann ist es durchaus von uns zu begrüßen, wenn dem entgegengehandelt wird.

Arbeitskräfte sollen allerdings auch unserer Meinung nach zunächst durch die Richtigkeit der Arbeitsnachweise von einem Ort zum anderen vermittelt werden, jedoch sind hierzu, und da trennt sich unsere Auffassung von der Auffassung der Metallindustriellen, die Internetschreibweise die allerungeeignetsten Institutionen.

Durch die Mithilfe der Arbeitsnachweise soll dem Arbeitslosen von auswärts die Garantie geboten werden, daß er eine Stellung erhält, die seinen wirtschaftlichen Verhältnissen zuträglich ist und für ihn keine materielle Schädigung nach sich zieht. Dafür aber bietet ein reiner Internetschreibweise, besonders aber wie sie in der Metallindustrie unterhalten werden, keine Garantie. Beweis dafür ist schon allein die Tatsache, daß der Verband bayerischer Metallindustrieller mit seinem Arbeitsnachweis die Bestrebungen der Firma Siemens u. Halske im vorigen Herbst und auch zu anderen Zeiten sehr stark unterstützt hat. Weiteres Beweismaterial für diese unsere Behauptung möchten wir hier nicht anführen, es würde dies zu weit führen.

Wichtiger ist uns aber auch, daß nicht nur Arbeitsnachweise der Gewerkschaften, sondern auch Arbeitsnachweise der Kommunen nicht als vollwertig in dem Rundschreiben bayerischer Metallindustrieller angesehen werden. Daraus mögen die Behörden ersehen, wie groß der Nachdruck ist, den die Metallindustriellen auf die Durchsetzung ihrer Nachweise legen. Dabei steht für jeden, der sich mit dem Gedanken trägt, die Arbeitsnachweisefrage in wirklich gesunde, dem allgemeinen Volkwohl dienende Bahnen zu lenken, das eine fest: von einer gedeihlichen Wirkung des Arbeitsnachweises im allgemeinen Interesse kann erst dann die Rede sein, wenn reine Internetschreibweise von der Art, wie sie von den Metallindustriellen unterhalten werden, beseitigt sind.

Wenn wir nun in behördlichen Kreisen diese geradezu auf der Straße liegende Wahrheit endlich öffentlich anerkennen und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

## Lohnerhöhungen für die Hafens- und Speicherarbeiter.

Auf Veranlassen der Branchenleitung der Hafens- und Speicherarbeiter des Transportarbeiter-Verbandes an sie haben eine Anzahl Speichereigentümer in Anbetracht der allgemeinen Verteuerung aller Bedarfsartikel ihren Arbeitern eine Lohnzulage gewährt, nachdem bereits früher Lohnerhöhungen zugestanden waren. Der Stundenlohn beträgt jetzt im Lehrter Speicher 70 Pf., im Lagerhaus Südoth, in der Wiffinger Samenhandlung, an der Ostbahn (Personenhalle) und im Franke-Speicher 65 Pf. Mit anderen Betrieben schweben noch Verhandlungen.

## Aus Industrie und Handel.

### Kriegsgewinne.

Die Saccharin-Fabrik, A.-G. vorm. Fabberg, List u. Co., Magdeburg-Südost erhöht im Geschäftsjahr 1914 ihre Dividende von 7 auf 8 Prog. Der Bruttogewinn betrug 1.000.273 M. (852.204 M.). Nach Vornahme der Abschreibungen 449.472 M. (374.785 M.) und Ertragsabreibungen 150.000 M.

(110.000 M.) verbleiben nach Abzug der Konten, Gratifikationen usw. 226.963 M. (106.883 M.) als Vortrag auf neue Rechnung.

Die Atlas-Werke Akt.-Ges. in Bremen-Hamburg, die dem Norddeutschen Lloyd nahesteht, waren im abgelaufenen Geschäftsjahre in allen Abteilungen voll beschäftigt und haben den größten bisher erzielten Jahresertrag erreicht. Der Reingewinn stieg von 619.500 auf 936.700 M. bei 986.000 M. Abschreibungen (695.300). Es wird eine Dividende von 8 1/2 (i. S. 7 1/2) Prog. vorge schlagen bei 202.000 M. Ueberschweisung an die Reserven und 150.400 M. (17.100) neuem Vortrag.

## Die Eisen- und Stahlproduktion während des Krieges.

Für die Entwicklung der Wirtschaftslage in Deutschland während der Kriegszeit gibt die Steigerung der Eisen- und Stahlproduktion einige Anhaltspunkte. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Erzeugung in Tonnen:

		Roheisen		Flußstahl	
		pro Monat	pro Tag	pro Monat	pro Tag
Juli	1914	1.564.345	50.463	1.627.845	60.272
August	"	586.861	18.925	566.822	21.801
September	"	580.087	18.836	663.223	25.509
Oktober	"	729.841	23.543	900.201	33.341
November	"	788.956	26.299	900.026	37.501
Dezember	"	854.186	27.534	941.064	37.678
Januar	1915	874.133	28.198	962.736	38.509
Februar	"	808.623	26.701	?	?

Dies zeigt die Wirkung des Krieges mit aller Schärfe. Die Roheisen- und Flußstahlerzeugung war im ersten Kriegsmonat nur etwa ein Drittel so hoch als im Monat Juli. Jedoch schon vom September an hat sich die durchschnittliche Tagesproduktion für beide Arten regelmäßig und zuweilen auch ganz erheblich gesteigert. Im Monat Februar wurden täglich rund 9800 Tonnen Roheisen mehr produziert als im ersten Kriegsmonat. Bei der Flußstahlerzeugung ist die Steigerung eine noch höhere. Sie betrug im Januar gegenüber dem August rund 395.900 oder pro Tag 16.700 Tonnen mehr.

Die gesamte Jahreserzeugung belief sich auf Tonnen:

	an Roheisen	an Flußstahl
1912	17.888.009	17.801.698
1913	19.309.172	18.958.819
1914	14.989.547	14.978.106

Gegenüber den vorhergehenden Jahren ist die Roheisen- und Flußstahlerzeugung allerdings stark zurückgegangen. Die Produktion des Jahres 1914 entspricht ungefähr der des Jahres 1910.

## Erhöhung der Erzförderung in Oesterreich.

Durch eine kaiserliche Verordnung wird die bisher stark eingeschränkte Möglichkeit geschaffen, nicht oder ungenügend fördernden Bergwerksbetriebe und Freischürfern die Konzession zu erteilen.

## Kriegswirkungen in südamerikanischen Staaten.

Nach einem Eigenbericht des „Eclair“ vom 6. April hat eine große Volksversammlung in Santiago Verwahrung eingelegt gegen die unerschwingliche Höhe der Exportpreise und den Präsidenten der Republik und den Ministerpräsidenten aufgefordert, die Ausfuhr der wichtigsten Lebensmittel, besonders des Getreides, sowie die damit getriebenen Spekulationen und sonstigen Mißbräuche zu hemmen.

Die Lage wird durch die gewaltige Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter und Beamten von Tag zu Tag schwieriger.

Nach einem Drahtbericht desselben Blattes hat sich der argentinische Handel im Jahre 1914 im Vergleich zum vorhergehenden um beinahe 50 Prozent vermindert.

Der Wert der im Jahre 1914 zwischen Brasilien und Argentinien ausgetauschten Ausfuhrwaren beschränkt sich auf 20.463 Kontos für die brasilianische und auf 30.028 Kontos für die argentinische Ausfuhr.

Im Vergleich zu 1913 bedeutet das für Brasilien eine Steigerung von etwa 99 Kontos, für Argentinien dagegen eine Verminderung um 27.806 Kontos.

## Der Weizenanbau in Italien.

Nach einer von der Mailänder Fachzeitung für Volkswirtschaft und Handel vorgenommenen Erhebung ist die Anbaufläche für Weizen in Italien in der laufenden Kampagne gegenüber der des Jahres 1913/14 um 7 Prozent vermehrt worden, nämlich von 4.788.500 Hektar auf 5.111.000 Hektar. Die absolut höchste Anbaufläche auf dem Festlande hat die Emilia, die von 490.700 Hektar auf 527.400 gestiegen ist. Sizilien hat eine Anbaufläche von 603.000 und 746.950; Sardinien, einst die Kornkammer Roms, ist seit dem Vorjahr von 205.900 auf 235.000 gestiegen. Der mittlere Ertrag pro Hektar in den Jahren 1900/1913 betrug 10,5 Doppelzentner pro Hektar. Nun muß man annehmen, daß der neu dem Anbau bestimmte Boden nicht eben besser Weizenboden sei, also einen Ertrag geben wird, der hinter dem Durchschnitt zurückbleibt. Legt man aber auch niedrigere Ertragszahlen zugrunde, wie die der Provinz Lecce (7,5), Cagliari (8,5), so ergibt sich doch eine Mehrproduktion von über 3 Millionen Doppelzentnern, was bedeutet, daß der vom Auslande zu beziehende Bedarf von 10 Millionen Doppelzentnern auf 7 Millionen zurückgehen könnte. Bemerkenswert ist, daß in keinem Teile Italiens die Vermehrung des Anbaues ausgedehnt ist, was zeigt, daß die Landwirtschaft auch in den reichsten Gegenden eine größere Anpassungsfähigkeit an die Marktwirtschaft besitzt, als man ihr zugestehen hätte.

## Soziales.

### Die Krankenkassen und das Notgesetz.

Zu unserem gestrigen Artikel über dies Thema erhalten wir mit dem Ersuchen um Aufnahme folgende Zuschrift:

Der „Vorwärts“ hält es in seiner heutigen Nummer unter „Soziales“ für notwendig, daß die Vorstands- und Ausschuhmitglieder der Krankenkassen Schritte zur endlichen Beseitigung der den Kassenmitgliedern durch das Notgesetz zugefügten erheblichen Nachteile ergreifen sollten.

Da auch die unterzeichnete Kasse in dem Artikel namhaft gemacht ist, so muß bei den Lesern des „Vorwärts“ die Meinung Platz greifen, daß auch unsere Kasse bisher nichts getan hat, um diese Nachteile zu beseitigen.

Der Verfasser des Artikels ist indes, soweit unsere Kasse in Frage kommt, schlecht unterrichtet.

Schon am 6. August 1914 hatte der Kassenvorstand bei dem Versicherungsamt der Stadt Berlin beantragt, die sachungsmäßigen Leistungen unserer Kasse auch unter dem Notgesetz den Mitgliedern zu gewähren. Leider ohne Erfolg, obgleich das Versicherungsamt zugab, daß die finanzielle Lage der Kasse eine ungünstige nicht genannt werden konnte. Das Versicherungsamt befürchtete, daß durch eine starke Inanspruchnahme der Kasse einerseits und eine geringere Einnahme andererseits diese günstige Lage nicht erhalten bliebe.

Trotzdem betraute der Kassenvorstand es als seine Pflicht, den Mitgliedern nach und nach diejenigen Bezüge wieder zu sichern, auf die sie nach der Kassenfassung vor Ausbruch des Krieges jahrelang Anspruch hatten. Er beantragte deshalb mit Erfolg am 2. Oktober 1914 beim Versicherungsamt, für diejenigen Feiertage, welche auf einen Feiertag fallen, Krankengeld zahlen zu dürfen. Die Genehmigung dieses Antrages erfolgte am 19. Oktober 1914, also zeitig genug, um Krankengeld für den Sonntag, die Weihnachtsfeiertage und den Neujahrstag zu zahlen.

Der Vorstand beantragte bereits am 20. Oktober 1914 abermals eine Erweiterung der Kassenleistungen, dahingehend, die Zahlung des Sterbegeldes für Ehegatten und Kinder der Mitglieder zu genehmigen. Auch dieser Antrag wurde vom Versicherungsamt unter dem 8. Dezember 1914 genehmigt.

Beide Genehmigungen dürften auch dem Verfasser des erwähnten Artikels nicht unbekannt sein, denn sie sind im „Vorwärts“, Nr. 351 vom 21. Dezember 1914, vom Vorstande bekanntgegeben.

Ein nun eingereichter weiterer Antrag forderte die Gewährung der Zahlung des Krankengeldes vom ersten Tage der Erkrankung ab, der Zahlung des Sterbegeldes im 30- bzw. 40fachen Betrage des Grundlohns und der Zahlung des Krankengeldes bis zum Ablauf der 52. Woche. Auch dieser Antrag ist genehmigt und seit 30. März d. J. in Geltung.

Da durch die Verfügung des Bundesrats vom 3. Dezember 1914 auch Hebammenleistungen und Stillgeld allgemein für die deutschen Krankenkassen eingeführt sind, so werden in unserer Kasse fast alle Leistungen wieder gewährt, welche vor Ausbruch des Krieges sachungsmäßig gezahlt worden sind. Den geringen Rest der früheren Mehrleistungen hofft der Kassenvorstand in nächster Zeit vom Versicherungsamt der Stadt Berlin ebenfalls genehmigt zu erhalten.

Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe,  
Paul Maguan, Rentant.

Die Annahme der Zuschrift ist irrig, es sollten der Meinung die Wege gebietet werden, als hätten die Kassen nichts für Aufhebung der Nachteile des Krankenkassennotgesetzes getan. Wie die Zuschrift selbst hervorhebt, hat ja der „Vorwärts“ über Erfolge nach dieser Richtung bereits früher unterrichtet. Erreulich ist es, daß es der Kasse auch in letzter Zeit gelungen ist, einige weitere Nachteile zu beseitigen, die das Notgesetz den Kassenmitgliedern gebracht hat. Der Zweck unserer Darlegungen war, auf endliche Beseitigung des Notgesetzes zu dringen, dessen Erlaß ein überlicher, den Arbeitern nachteiliger Schritt war. Solange diese Beseitigung noch nicht durch Reichsgesetz erfolgt ist, ist es dringend nötig, die Kassen in ihren Bestrebungen auf Beseitigung der Nachteile des Gesetzes zu stützen. Der Widerstand gegen Wiederherstellung des alten Zustandes ist oft bei den Versicherungsämtern leider weit stärker als bei den Kassen.

## Krieg und gute Sitten.

Ein trauriger Fall eines Verstoßes gegen die guten Sitten aus Anlaß des Krieges wurde gegenüber einer durch den Krieg in eine Notlage geratenen weiblichen Angestellten in der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts festgestellt.

Die dort klage erhebende Direktorin M. hatte bei dem Beklagten Bernhard Jacobson, der in der Alten Jakobstraße ein Konfektionsgeschäft betreibt, eine Vertrauensstellung inne, für die sie ein dem verantwortungsvollen Posten angemessenes Monatsgehalt von 300 M. bezog. Als der Krieg ausbrach, wor für die Wahl gestellt, entweder mittel- oder stellungslos auf der Straße zu liegen oder einen Beitrag zu leisten, nach welchem ihr folgendes zugemutet wurde: Sie erhält monatlich fünfzig Mark als Gehalt und weitere 50 M. als Darlehen. Für die monatlichen Darlehen sollte sie Schuldscheine ausstellen, für deren Einlösung nach dem Kriege sie die Verpflichtung zu übernehmen hatte. Die Klägerin sagte, wenn auch schweren Herzens, unter dem neuen Vertrag ihre Unterschrift. Sechs Monate lang bemühte sie sich, mit dem Gelde auszukommen und stellte allmonatlich den verlangten Schuldschein aus. Jetzt sieht sie aber den Betrag als gegen die guten Sitten verstoßend an und beantragt, eine angemessene Nachzahlung sowie Befreiung von den ausgetellten Schuldscheinen.

Das Kaufmannsgericht gab der Klage auch statt, indem es den Anstellungsvertrag, weil gegen die guten Sitten verstoßend, als null und nichtig ansah. Als angemessenes Gehalt sehe in diesem Falle das Gericht wenigstens den Betrag von 100 M. monatlich an. Der Beklagte wurde dementsprechend verurteilt, der Klägerin 200 M. in bar zu bezahlen sowie die sechs Schuldscheine à 50 M. herauszugeben.

FL. 1.50  
u.  
2.00 M

Feurig-Süßer  
Santa Lucia

Stärkungs-Wein.

Spezialarzt  
f. Haut-, Genu-, Frauenleiden,  
nerv. Schwäche, Weirkrankh. jeder Art, Ehrlich'sche u. Kuren in u. Co. fong. Laborat. f. Blut-untersuchung., Gärten i. Genu. u. f. gegenüber Sanatorium Friedrichstr. 81, gegenüber Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Nachtragsbekanntmachung zur veröffentlichten Bilanz (17. März 1915) der Berliner Landpacht-Gesellschaft e. G. m. b. H.  
Mitgliederbestand am 30. Juni 1914  
225 Mitglieder mit 225 Geschäftsanteilen à M. 10 . . . . . = M. 2.250,00  
und einer Kapitalsumme von 225 - 1 Anteil = 225 Anteile à M. 20 = M. 4.500,00  
Die Geschäftsguthaben der Genossen betragen am  
30. Juni 1913 . . . . . M. 980,00  
30. Juni 1914 . . . . . M. 2.290,00  
mithin mehr . . . . . M. 1.310,00  
Die Kapitalsumme betrug am 30. Juni 1913 M. 1.960,00  
30. Juni 1914 M. 4.580,00  
mithin mehr . . . . . M. 2.620,00  
Berliner Landpacht-Gesellschaft e. G. m. b. H.  
Der Vorstand: Wilhelm Both, Fritz Wils.

## Ortskrankenkasse für d. Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Auf Antrag des Kassenvorstandes hat das Versicherungsamt der Stadt Berlin in seiner Sitzung vom 24. März d. J. beschlossen, daß die im § 17 Absatz 1 No. 2, § 17 Absatz 5 und 20 der Satzung bezeichneten Mehrleistungen vom Tage der Zustellung des Beschlusses (dem 30. März) ab wieder gewährt werden dürfen.

Hiernach wird neben den bereits früher genehmigten Mehrleistungen seit dem 30. März d. J. das Krankengeld vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit (nicht erst vom vierten Krankheitstage) ab auf die Dauer von 52 Wochen gezahlt. Voraussetzung dafür ist eine dreizehnwöchige Mitgliedschaft und Beitragszahlung.

Ferner wird als Sterbegeld beim Tode eines Mitgliedes das Dreifache und wenn das Mitglied ununterbrochen länger als dreizehn Wochen der Kasse angehört und Beiträge gezahlt hat, das Vierfache des für die einzelnen Lohnstufen festgesetzten Grundlohnes, mindestens aber ein Betrag von 50 M. gezahlt.

Hierdurch ist gleichzeitig das Sterbegeld für Familienangehörige entsprechend den Bestimmungen der Satzung erhöht worden.

Berlin, 12. April 1915.  
Der Kassenvorstand.  
Artur Scholem, Vorsitzender. Max Ebel, Schriftführer.





In allen Abteilungen  
**Deutsche Moden 1915**

**Herren - Anzüge**  
**Herren - Ueberzieher**  
**Herren - Bekleider**  
**Loden - Pelerinen**  
**Regen - Mäntel**  
**Sport - Anzüge**

Feine  
**Maßanfertigung**

**Knaben - Anzüge**  
**Jünglings - Anzüge**  
**Knaben - Ueberzieher**  
**Jünglings - Ueberzieher**

Hüte, Wäsche, Krawatten, Hosenträger usw.

**BAER SOHN**  
Spezialhaus größten Maßstabes für Herren- u. Knaben-Kleidung

BERLIN: GEOR. 1801  
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Str. 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

**Verkäufe.**

**Möbelstoff-Neuheiten** für Sofabehänge  
spottbillig. Wolffs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor).  
Bismarck-leiser 10%, Rabatt. 2068\*

**Teppiche** mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Diamentdecken, sehr billig. Bismarck-leiser 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brüm, Haderstraße Markt 4 (Bahnhof Börje). 246/4\*

**Monatsanzüge**, nur wenig getragen. Valetots, Hüter, Hosen, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind teilweise billig zu haben. Unbekannte Firma. Mag Weib, Große Frankfurterstraße 88. 2068\*

**Teppich-Thomas**, Dammstr. 44  
spottbillig farbige Teppiche, Gardinen, Bodenbeläge 5 Prozent Extrarabatt. 210\*

**Klappwagen**, Kinderwagen, Metallarbeiten, zurückgelagerte billig. Chausseestraße 80. 210\*

**Teppiche** (Gardinenfehler) enorm billig. Gardinen, Steppdecken, Gesellschaftsanzüge, Krawatten, Gr. Frankfurterstraße 9, parterre. „Vorwärts“-leiser 6 Prozent. 68\*

**Feinste getragene! Nach-Orrenanzüge**, Valetots, von Herrschaften gebraucht, für jede Figur passend. Ankaufspreis bis 100 Mark, billig. 10-30, Hosen 3-8, Burdighardere. Deutsches Garderobehaus, Große Frankfurterstraße 116 I. 168\*

**Teppiche**, Farbenfehler, spottbillig, Portieren, Gardinen, Diamentdecken, Tischdecken, Steppdecken, Küchenschürzen. Extrarabatt 10 Prozent. Fischer, Goldammerstraße 109. 168\*

**Vorjährige elegante Herrenanzüge** Valetots und Hüter aus feinsten Stoffen 25-60 Mark, Hosen 6-18 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 58\*

**Soatkartoffeln** Frankestr. 20.

**Kaufgesuche.**

**Teilzahlung** bei günstigsten Bedingungen. Möbelhaus Gabbert, Kderstraße 54. \*

**Möbelkredit** und gegen bar. Bequeme An- und Abzahlung. Möbel-Verkehr, Brunnenstraße 7. - II. Geschäft Müllerstraße 174. Sonntag von 12-6 geöffnet. 29938\*

**Kriegshalber** bildliche Wohnungseinrichtung, herrliche Küche, alles nagelneu, zusammen nur 225,-, verkauft Glas, Potentialestraße 57, vorn III. (Gewerblich.) Händler verbeten. 30/16\*

**Unterricht.**

**Technische Lehraufst. Dr. Werner**, Berlin, Reanderstraße 3. 29/18\*

**Automobilfahrer**, erste Klasse, Stellungssichere Ausbildung, 100 Mark. Kauf Abendkurse. Anzahlszahlung. Köpenickerstraße 116. 21978\*

**Verschiedenes.**

**Patentanwalt Müller**, Glöcknerstraße 15. \*

**Kunststofferei** Große Frankfurterstraße 67. 23098\*

**Naturleiche** Rudolph, Köpenick, Grünauerstraße 45, wohnt (Schonheit), lauter Later, drei Handtücher 0,10. Abholung Mittwoch, Donnerstags.

**Kreditletterier** entlassen. Ver-nauerstraße 8, parterre. 15215

**Arbeitsmarkt.**

**Stellenangebote.**  
Korbmadler auf 98er, gutes Rohr und Rohr, sucht Kranke, Schillingstraße 24. 749

**Männer und Frauen**

**Leuchter**, tüchtige, sofort gesucht. Reparaturen morgens 9 Uhr im Rathenhaus, H. Handorf u. Co., Bellealliancestraße 12. 518

**Gaßdiener**, tüchtige, sofort gesucht. Reparaturen 9-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags in der Personal-Verwaltung IV. Etage. H. Handorf u. Co., Bellealliancestraße 12. 518

**Webere** selbständige Färber verlangt Oswald Rache, Berlin-Weiß, Rudowstraße 34. 7101

**Tüchtige** Beamtschreiber suchen Reisel u. Köhl sofort Linstraße 15. 15235\*

**Tüchtige** Schlosser und Rumpfschmiede sofort gesucht. Schutz u. Goldschmidt, Fennstraße 13. 15235\*

**Kellerei-Arbeiter** findet Beschäftigung. Selterfabrik Evers, Reichenbergerstraße 55. 15256

**Alphatitfabrikarbeiter** sofort gesucht. Untergrundbahn Chausseestraße Ecke Schwarzkopffstraße. Diehn u. Co. H. G., Linstraße 38. 15206\*

**Korbmadler** auf Drillingsgefelle verlangt Ringer, Lühnowstraße 44.

**Deckenwölher, Einschaler**

und Arbeiter für Militärbauten verlangt **Hermann Raebel**, Baugeschäft G. m. b. H., Tempelhof, Teilestraße. 15185  
Telephon 643-645.

**Tücht. Steinmetz** u. Schreihauer, Stunde 1 W., Christianen, Reindendorfer-W. Reilner Str. 12. 30/17

**Maschinenfeger**

(Reinliche, Ideal) sofort für dauernd gesucht. **Inge u. Vogt**, Straße 16.

**Tüchtige** Gestellarbeiter auf Drillinge verlangt 15245  
**Raumann**, Anklamer Str. 39.

**Außenmonteur** auf elektrische Beleuchtungskörper verlangt 31/1  
**Hofmann u. Co.**, Brandenburgstr. 6.

**Korbmadler** auf 98er Röhre sofort gesucht. Donnerstags Beschäftigung. **Mariannenplatz 21.**

**Korbmadler** auf runde Gefäßkörbe und Einbinder für 98er. **Köpenickerstraße 74.**

**Grüble Sortierfrauen** verlangt Stoffabfallhandlung 30/14  
**Pareinsched**, Döckstr. 2.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.**

Stralauer Platz 10-11. — Telephon: Köpenickstadt 3750.  
Heute Dienstag, den 13. April, abends 8 Uhr:  
**Mitglieder - Versammlung**  
in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.  
Tagesordnung:  
1. Hausfrauen und Lebensmittelpreise.  
Referentin: Genossin **Luise Zietz**.  
2. Diskussion.  
Die Frauen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**

Teleph.: Amt Köpenick 4747 u. 2382. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Teleph.: Amt Köpenick 4747 u. 2382.  
**Delegierte zur öffentlichen Generalversammlung!**  
Donnerstag, den 6. Mai 1915, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 14/15:  
**Ordentliche Generalversammlung pro 1. Quartal 1915**  
Tagesordnung:  
1. Mitteilungen. 2. Geschäfts-, Klassen- und Arbeitsnachweisbericht pro 1. Quartal 1915. 3. Erledigung etwa eingegangener Anträge. 4. Geschäftliches.  
Mitgliedsbuch und Legitimationsskarten sind am Eingange des Saales zwecks Abstempelung vorzulegen.  
Ohne Buch und Karte kein Zutritt. Wer mit seinen Beiträgen über 8 Wochen im Rückstande ist, hat ebenfalls keinen Zutritt.  
Die Bezirksverwaltung. J. A.: A. Werner.

**Deutsches Theater**  
Direktion: Max Reinhardt.  
7 1/2 Uhr: **Schluck und Jau**.  
Mittwoch: **Schluck und Jau**.

**Kammerspiele**  
8 Uhr: **Der Weibsteufel**.  
Mittw.: Die deutschen Kleinstädter.

**Theater für Dienstag, 13. April:**  
**Berliner Theater**  
8 Uhr: **Extrablätter!**

**Deutsches Künstler-Theater**  
8 Uhr: **Der Pfarrer von Kirchfeld**.

**Deutsches Opernhaus, Charlottenb.**  
7 Uhr: **Parsifal**.  
Zum 50. Male.

**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.**  
8 Uhr: **Die Fledermaus**.

**Gebr. Herrfeld-Theater**  
8 Uhr: **Familie Pläscher**.  
Helbring contra Helbring.

**Kleines Theater**  
Der politische Kannengießer.  
Vorher: Philotas.

**Komische Oper**  
8.10 U.: **Gold gab ich für Eisen**.

**Komödienhaus**  
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter**.

**Lessing-Theater**  
8 Uhr: **Im weißen Röss'l**.

**Lustspielhaus**  
8 1/2 U.: **Gebildete Menschen**.  
Konrad Dreher a. G.

**Metropol-Theater**  
8 Uhr: **Woran wir denken!**

**Montis Operetten-Theater**  
Gastspiel Louis Treumann.  
8 Uhr: **Hoheit tanzt Walzer**.

**Residenz-Theater**  
8 Uhr: **Die Schöne vom Strand**.

**Rose-Theater**  
8 Uhr: **Die Förster-Christl**

**Schiller-Theater O.**  
8 Uhr: **Das Prinzip**.

**Schiller-Th. Charlottenbg.**  
8 Uhr: **Mein erlauchter Ahnherr**

**Thalia-Theater**  
8 Uhr: **Kam'rad Männe**.

**Theater am Nollendorferpl.**  
8 1/2 U.: **Immer feste druff!**

**URANIA**  
Taubenstraße 48/49.  
4 Uhr (halbe Preise):  
**Die Vogesen und ihre Kampfstätten**.  
8 Uhr: Dr. Wirth:  
**Die Dardanellen und das Schwarze Meer**.

**Zirkus Alb. Schumann**  
Dienstag, 13. April, Anf. 7 1/2 Uhr:  
**Große Extravorstellung** mit d. neuen Spezialitäten, u. a.:  
**3 Rosellos 3 Groegs 3.**  
**5 dressierte Bären 5** als Rollschuhläufer u. Radfahrer.  
9 1/2 Uhr: Ost und West. 9 1/2 Uhr: Großes patriotisch. Schauspiel mit der Einlage

**U-Boot** bei der Arbeit  
Torpedier eines Handelsdampfers und die übrigen 5 Akte.

**Casino-Theater**  
Lothringer Straße 57. Täglich 8 Uhr.  
Der Schlager aller Volkstheater:  
**Der Herr Kommerzienrat**.  
Der größte Erfolg dieser Saison.  
Dazu das ausgezeichnete Spezial-Programm.  
4 Atlantic, Juana, Riblo, F. Meißner.  
Sonntag 4 Uhr, Osterglocken.

**Theater-Folies-Caprice**  
8 1/2 U.: **Onkel Adi!**  
Kinodrama.  
Die Sprechstunde.

**Martin Kettner a. G.**

**WINTERGARTEN**

**Eise und Berta Wiesenenthal**  
Gustav Matzner  
Eise Berna  
Gussy Holl  
sowie der glänzende April-Spielplan.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger. Anf. 8 U.  
Zum Schluß:  
**Im Schützengraben**  
Wittlich'sches Bild von Weibel. Mitgliederpersonen u. deren Angehörigen vollkommener freier Zutritt zu d. Stelt. Sängern.

**Volksbühne-Theater am Bülowplatz**  
8 1/2 U.: **Der Revisor**.

**Walhalla-Theater**  
8 Uhr: **Die Jagd nach dem Glück**.

**SARRASANI**  
HEUTE ABEND  
**ERSTAUFFÜHRUNG**  
VON  
**„UNSERE MARINE“**  
Tel. Norden 10409.  
Vorverkauf Warenhaus Tietz.

**Voigt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
Morgen Mittwoch, den 14. April 1915:  
**Die schöne Holländerin**.  
Vollständ. mit Gesang in vier Akten von Anton Vanzo.  
Stoffentwurf 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Für unsere Verwundeten!**  
Ziehung 20-23. April 1915  
im Ziehungssaal der Königl. General-Lotterie-Direktion  
**Rote-Kreuz Geld-Lotterie**  
17851 Geldgewinne im Gesamtbetrag von M  
**600000**  
**100000**  
**50000**  
**30000**  
**20000**  
**10000**  
Hauptgewinne Nur Bargeld  
Lose M. 3.30 Porto u. Liste 30 Pf. extra.  
**H. C. Kröger**  
Berlin W 8, Friedrichstr. 193a  
Ecke Leipziger Straße.

**Kennen Sie die Wohltat**  
einer Leibbinde?  
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie  
**Bruchbandagen** aller Art.  
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege  
**Pollmann, Bandagist**  
Berlin N., Löttinger Str. 60.  
Lieferant für Krankenkassen.

**Frühkartoffeln**  
Kaiserkrone, Ro-en, Juli etc.,  
anerkannte Sorten zur Saat.  
Kohlenränder billig.  
Neukölln. Bergstr. 29.



Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 196 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Stab der Garde-Ersatz-Division, der 42. Infanterie-Division und der 34. Landwehr-Brigade; 3., 4. und 5. Garde-Regiment z. P.; 2. Garde-Reserve sowie 1. und 2. Garde-Ersatz-Regiment; Garde-Grenadier-Regiment Franz und Nr. 5; Velt.-Inf.-Regiment; Grenadier-Div. Infanterie-Div. Füsilier-Regiment Nr. 2, 3, 8, 9, 12, 16, 17, 18, 20, 21, 23, 24, 25, 27, 28, 29, 30, 32, 34, 41, 42, 51, 54, 59, 60, 62, 63, 64, 66, 67, 69, 70, 72, 73, 75, 76, 77, 78, 79, 81, 82, 83, 85 (siehe auch 2. Garde-Ers.-Reg.), 90, 93, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 111, 112, 118, 128, 129, 135 (siehe auch Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 11), 137, 141, 142, 146 (siehe Sanitäts-Komp. Nr. 3 des 20. Armeekorps), 147, 148, 149, 150, 151, 152, 154, 155, 156 (siehe auch Ers.-Inf.-Reg. Nr. 7 der Division v. Menges), 157, 158, 163, 175, 176; Reserve-Inf.-Regiment Nr. 3, 5, 8, 11, 12, 16, 17 (siehe auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 87), 19 (siehe Bes.-Reg. Nr. 5 der Brigade v. Reishöyk), 20, 21, 22, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 35, 46, 48, 64, 67, 68, 71, 76, 77, 78, 82, 84, 100, 110, 116, 130, 202, 206, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 216, 218, 219, 220, 221, 225, 229, 239, 264, 265, 266, 269; Ersatz-Inf.-Regiment Nr. 7 der Division v. Menges, Königsberg I, II und III, v. Ruhbaum; Landwehr-Inf.-Regiment Nr. 5, 11, 17, 18, 21, 22, 23, 25, 26, 27, 28, 34, 37, 39, 60, 61, 66, 75, 80, 87; Landwehr-Ersatz-Regiment Nr. 4, 5; Bes.-Reg. Nr. 5 der Brigade v. Reishöyk; Feld-Bataillon Reiser des Detachements Plantier; Ersatz-Bataillon Graf Schwerin; Brigade-Ersatz-Bataillone 1. Nr. 5, 6, 7, 8, 13, 33, 36, 38; Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 11 (siehe Landw.-Ers.-Reg. Nr. 5), 21, 20/30 (siehe Landw.-Ers.-Reg. Nr. 4), 43; Landsturm-Bataillone 2. Baden, Aßersleben, 3. Coblenz, II Cottbus, Gumbinnen, I Königsberg, I Löben, Marienwerder, II Rünster (siehe Bes.-Reg. Nr. 5 der Brigade v. Reishöyk), Rastenburg; Landsturm-Ersatz-Bat. Gardeshof; Jäger-Bataillone Nr. 2, 8; Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 7, 16, 18; 1. Radfahrer-Kompanie; Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 1 und 3 (siehe Bes.-Reg. Nr. 5 der Brigade v. Reishöyk); Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 10 (siehe Ers.-Inf.-Reg. Königsberg I), 11; Maschinengewehr-Komp. Reichelt (siehe Ers.-Inf.-Reg. v. Ruhbaum); Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 34 (siehe Reserve-Jäger-Bat. Nr. 18); Maschinengewehr-Formation des 20. Armeekorps.

Garde-Fusaren; Schwere Reserve-Reiter Nr. 2; Dragoner Nr. 7, 13; Fusaren Nr. 7, 8, 10, 11; Reserve-Fusaren Nr. 5, 8; Mlanen Nr. 3, 15; Jäger zu Pferde Nr. 4; Landwehr-Kavallerie-Regiment Blank; 1. mobile Ersatz-Eskadron des 20. und 1. Landwehr-Eskadron des 9. Armeekorps (letztere beiden siehe Landwehr-Kavallerie-Regiment Blank).

5. Garde- und 1. Garde-Reserve-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regiment Nr. 1, 2, 3, 6, 9, 10, 14, 17, 18, 23, 30, 33, 34, 38, 40, 41, 52, 71, 73, 79, 84; Reserve-Feldart.-Regiment Nr. 1, 11, 45, 46, 49, 52, 63; 2. Landsturm-Batterie des 2. Armeekorps.

1. Garde-Reserve-Fußart.-Reg.; Fußart.-Regiment Nr. 5, 8, 9, 14, 18; Reserve-Fußart.-Regiment Nr. 11, 18; Gaudis-Halb-Bataillon Grafhoff (siehe 1. Garde-Res.-Füßart.-Reg.).

Pionier-Regiment Nr. 19, 23, 29, 31; Pionier-Bataillone II, Nr. 1, I, Nr. 6, II, Nr. 8, II, Nr. 14, II, Nr. 15, I, Nr. 16, I, und II, Nr. 27, II, Nr. 28 (siehe Pionier-Reg. Nr. 31), III, Nr. 28; Reserve-Pionier-Bataillone Nr. 2, 3; Pionier-Ersatz-Bataillone Nr. 7, 26; 48, 78, 79 (siehe Res.-Pionier-Bat. Nr. 39) und 80. Reserve-Pionier-Komp.; 2. Landwehr-Pionier-Komp. des 1. des 10. sowie 1. des 14. Armeekorps; Festungs-Landwehr-Pionier-Abteilung des 14. Armeekorps.

Telegraphen-Bat. Nr. 5; Fernsprech-Abt. des 34. Reservekorps; Etappe-Strafungen-Bat. Nr. 2.

Reserve-Inf.-Munitionskolonnen Nr. 8 der 3. Reserve-Division. Strafbau-Komp. Nr. 17 und 18; Arbeiter-Komp. Nr. 4 der Brigade Ehner v. Eidenbach.

Sanitäts-Komp. Nr. 3 des 20. Armeekorps; Landwehr-Sanitäts-Kompanie Nr. 20 der 2. Armee; Festungs-Sanitäts-Komp. Nr. 3; Reserve-Lazarett Nr. 9 und 3 Löbde; Festungslazarett Rühren. Landwehr-Führer-Kolonnen Nr. 2 des Landwehrkorps.

Wachungskommando der Gefangenenlager Jena und Langensalza. Garnisonverwaltung Berlin.

Die sächsischen Verlustliste Nr. 132 meldet Verluste der Inf.-Regiment Nr. 100, 139, 177, 178, 181; Reserve-Inf.-Regiment Nr. 100, 104, 133; Landwehr-Inf.-Regiment Nr. 101, 102, 106; Ersatz-Bataillone der Inf.-Regiment Nr. 177, 181; Inf.-Reg. Leimbach-Zerener, Reserve-Inf.-Reg. Nr. 104.

8. Kavallerie-Division; Garde-Reiter; Karabinier-Regiment Mlanen Nr. 17, 21; Reserve-Mlanen; Fusaren Nr. 18; Kavallerie-Ersatz-Abt. 19. Ersatz-Division.

Nachrichten aus unvollständigen, feindlichen Gefangenenlisten. Die vürtembergischen Verlustlisten Nr. 156 und 157 beröffentlichen Verluste des Reserve-Inf.-Regiments Nr. 119; Inf.-Regiment Nr. 120; Reserve-Inf.-Reg. Nr. 121; Inf.-Reg. Nr. 124; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 125; Inf.-Regiment Nr. 126, 150; Reserve-Inf.-Reg. Nr. 246.

Dragoner-Reg. Nr. 26; Mlanen-Reg. Nr. 20. Feldart.-Reg. Nr. 49; Reserve-Feldart.-Reg. Nr. 54. 1. Train-Abteilung. Verluste durch Krankheiten. Berichtigung früherer Verlustlisten. Brigade-Ersatz-Bat. Nr. 54.

Aus Groß-Berlin.

Die Kuchen essenden Kriegerfrauen.

Die Hausbesitzer haben große Angst um ihre Mietern und vor allem um die Miete, die sie von Kriegerfrauen zu fordern haben. Vom Magistrat bekommen sie bestimmte Mietbeträge direkt ausbezahlt; die Kriegerfrauen, die Unterstützung beziehen, müssen aber in den meisten Fällen aus ihrer Unterstützung noch zulegen. Die Hausbesitzer haben Furcht, daß sie die Mietreste nicht erhalten und setzen alles in Bewegung, sich ihr Geld zu sichern. Wir haben schon wiederholt dargelegt, daß auch wir die Mietbeihilfen für ungenügend halten und haben einer Erhöhung der Mietunterstützung das Wort geredet, weniger im Interesse der Hausbesitzer als im Interesse der eingezogenen Krieger, die bei ihrer Rückkehr aus dem Felde nicht hohe Mietzuschüsse aufgeschaut vorfinden sollten. Eine Erhöhung des Mietzuschusses dürfte also Hausbesitzern und Kriegerfamilien in gleichem Maße zustatten kommen. Durch die Anträge der Hausbesitzervereine auf Erhöhung der Mietbeihilfen ist auch von dieser Seite die Ungünstigkeit der Unterstützung anerkannt worden. Das hindert aber nicht, daß diese Interessengruppen sich zu schweren Verleumdungen der Kriegerfrauen hinreißen lassen. Jemandem Reporter hatte bald nach Ausbruch des Krieges das Märchen verbreitet, daß die Kriegerfrauen auf die Bäckerläden einen Sturm unternommen hätten, um Kuchen zu kaufen. Das geschähe gerade an den Tagen, an denen die Unterstützung ausbezahlt werde. Da-

mals ging die Notiz von den Kuchen essenden Kriegerfrauen durch die ganze bürgerliche Presse. In Wahrheit handelte es sich um eine grobe Uebersetzung und haltlose Verallgemeinerung. Gewiß gab es Frauen, die gelegentlich ein Stück Kuchen gegessen haben und dafür das Mittagbrot sparten, aber die große Masse tat das nicht, wie man sich durch Nachfrage bei den Vätern überzeugen konnte. Aber das Märchen von den Kuchen essenden Kriegerfrauen war nicht totzukriegen, es wurde prompt weiterkollortiert.

Auch heute geschieht das noch. Ein hiesiger Grundbesitzerverein hat kürzlich an das Oberkommando in den Marken eine Eingabe gerichtet, in der verlangt wird, die Abgabe von Genussmitteln in den Warenhäusern zu verbieten. In der Eingabe wird über die Kriegerfrauen wie folgt hergezogen:

„Gerade in dem am meisten bevölkerten Stadteil des Ostens und des Nordens ist eine tägliche Erscheinung, daß Frauen, die dem Aeußeren nach keineswegs zu den wohlhabendsten gehören, von früh morgens bis spät abends mit kleinen Kindern auf dem Schoß in den Erfrischungsräumen der Warenhäuser sitzen und sich die besten und teuersten Konditorwaren vorleihen lassen. Ganz besonders findet dieser Zuspruch an den Tagen statt, an denen die Kriegerunterstützungen ausgezahlt werden. Große Beträge werden hier zweck- und nutzlos vergeudet.“

Abgesehen davon, daß das Kuchenbadverbot den Kuchen genugh eingeschränkt hat, ist diese Verallgemeinerung eine schwere Verleumdung der Kriegerfrauen. In Berlin beziehen zurzeit 92 000 Kriegerfamilien Kriegsunterstützung. Was wollte es beagen, wenn eine kleine Anzahl Frauen sich gelegentlich wirklich ein Stückchen Kuchen leisteten. Die große Mehrzahl der Frauen hat bei den stets steigenden Lebensmittelpreisen alles zusammenzunehmen, um ihr Durstkommen zu fristen.

Wer nur ein klein wenig die Unterstützungsfähigkeit sich gegenwärtig, wird sofort erkennen, daß diese keinen Anreiz zum Schlemmerleben geben. Für eine Frau mit zwei Kindern beträgt die monatliche Unterstützung 48 M., wovon noch ein Teil Miete gedeckt werden soll. Die übrig bleibende Summe kann aber nicht lediglich zum Essen und Trinken verwendet werden, es sollen Kleidung, Schuhe, Beleuchtung, Heizung und anderes davon bestritten werden. Jeder Mensch kann sich ausrechnen, was zum Leben übrig bleibt. Jedenfalls erfordert die Führung eines Haushalts aus diesen Unterstützungsmitteln eine gute Rechenkünstlerin von Hausfrau.

Die Hausbesitzer sollten sich andere Leute aussuchen als Kriegerfrauen und denen Vorhaltungen machen über läppige Lebensweise. Das Oberkommando hat dem auch, soweit uns bekannt, dem Ansinnen keine Folge gegeben, wie es schon in einem früheren Falle eine Eingabe von Hausbesitzern, die auf eine kraffe Wahrnehmung ihrer Interessen hinauslief, ablehnend beschieden hat.

In einer Zeit, wo Hunderttausende draußen im Felde einen heldenmütigen Kampf führen, wo deren Familien sich viele Einschränkungen auferlegen müssen, und viele Familien sogar den Ernährer und Vater opfern müssen, ist ein Vorgehen von Interessentengruppen wie der oben erwähnte auf das entschiedenste zurückzuweisen.

Die Bevölkerungszahl Berlins

stellte sich Anfang März dieses Jahres, nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis der Berechnungen des Berliner Statistischen Amtes, auf 1 085 851. Gegenüber Anfang Februar ist im ganzen eine Zunahme um 1692 zu verzeichnen, wovon nicht viel mehr als ein Fünftel aus dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle und ziemlich vier Fünftel aus dem Ueberschuß der Zugzüge über die Wegzüge herühren. Gemeinhart hat sich aber nur die weibliche Bevölkerung, hauptsächlich durch starken Ueberschuß von Zugzügen, während die männliche Bevölkerung eine weitere Minderung hatte, die durch starken Ueberschuß von Wegzügen verursacht wurde.

Von Anfang Februar bis Anfang März minderte sich die männliche Bevölkerung um 3859 auf 896 128, mehrte sich dagegen die weibliche Bevölkerung um 5551 auf 1 089 728. Gegenüber dem Bevölkerungszustand von Anfang März vorigen Jahres, der auf 992 087 männliche und 1 080 438 weibliche Personen berechnet wurde, hatte Anfang März dieses Jahres die männliche Bevölkerung ein Weniger von 95 909, die weibliche ein Mehr von 285. An der Minderung der männlichen Bevölkerung sind beteiligt die Monate März bis Juli mit 14 284, die Kriegsmoate August bis Februar mit 81 625

Der Umzug des Amtsgerichts Berlin-Tempelhof vom Galleischen Ufer nach der Kleinbeerenstraße ist nunmehr vollendet. Vom 16. d. Mts. ab werden sämtliche Termine, insbesondere in Konkurs-, Zwangsverbot- und Aufgebotsangelegenheiten nicht in dem Gebäude Galleisches Ufer 29/31, sondern in den nunmehrigen Diensträumen dieses stark in Anspruch genommenen Amtsgerichtes, Kleinbeerenstraße 16/19 stattfinden.

Kochbeutel und Essenshüllen.

Der Nationale Frauendienst teilt mit: Bei der jetzigen Protknappheit entspricht es einem dringenden Bedürfnis, den Verursachern aller Schichten das Mitnehmen von warmem Essen (Suppen, Breie, Kakao) zu ermöglichen.

Aus diesem Grunde stellt der Nationale Frauendienst praktische und billige Kochbeutel und Essenshüllen her, die das Essen warm halten. Die Behälter sind in den Hausfrauen-Beratungsstellen des Nationalen Frauendienstes, Berlin, Augsburgstr. 61, Potsdamer Str. 127, Alt-Neaht 86b, Müllerstr. 14, Große Frankfurter Str. 52 und Blücherstr. 12 zu haben.

Die wasserdichten Beutel, in handlicher gefälliger Form, halten das angekochte Essen mehrere Stunden warm. Für Arbeiter kommen die größeren Behälter, etwa in Form eines Rucksackes oder des feldgrauen Beutels in Betracht, während die Hausfrau, die den Tag mit ihren Kindern im Freien verbringen will, die Kontoristin, die Verkäuferin die Handtasche vorziehen wird. Der Preis beträgt ohne Gefäß 1 Mark bis 5 Mark, je nach Ausführung und Größe. Anleitung zu eigener Anfertigung wird in den Beratungsstellen gern erteilt.

Kriegsfürsorge in Berlin.

Die Zentrale für private Fürsorge, W 35, Hottwellstraße 4, gibt soeben den von ihr bearbeiteten Führer „Kriegsfürsorge in Groß-Berlin“ in 2., bedeutend erweiterter Auflage heraus, nachdem die 1., zu Neujahr erschienene Auflage in wenigen Tagen vollständig vergriffen war. Die Neuherausgabe, deren Anordnung auf Wunsch des Bürgermeisters Reide-

in bezug auf die städtischen Maßnahmen erfolgt ist, bietet ein umfassendes Material über alle seit Kriegsbeginn erlassenen Verordnungen und Verfügungen, die dem Allgemeinwohl dienen, ferner eine Zusammenstellung der für die Kriegswohlfahrtspflege in Betracht kommenden Reichsgesetze mit ihren Ergänzungen und Erläuterungen über Kriegs-, Miets- und Arbeitslosenunterstützungen, sowie eine Zusammenstellung der Besoldungen, Pensionen und Hinterbliebenenrenten.

Ein besonderer, von dem juristischen Mitarbeiter der Broschüre hergestellter Abschnitt bringt die für die Kriegszeit in bezug auf die Gerichtsbarkeit wichtigen Erlasse für Krieger und zugunsten notleidender Schuldner. Ein ausführlicher Abschnitt ist der so wichtigen Frage der Nahrungs- mittelversorgung gewidmet; ein umfangreiches Adressenverzeichnis der wichtigsten Wohlfahrtseinrichtungen befindet sich am Schluß der „Kriegsfürsorge“. Da die Broschüre auch zahlreiche Gesetze und Verordnungen bringt, die auf Preußen und zum Teil auf das ganze Reich Bezug haben, so wird das Interesse an diesem Werk auch in weite Kreise Deutschlands dringen. Für alle in der Groß-Berliner Wohlfahrtspflege tätigen Persönlichkeiten ist der Führer jedenfalls ein unentbehrliches Nachschlagewerk, das einem vielseitigen Bunsch sein Erscheinen verdankt. Die über 200 Seiten fassende Broschüre ist zum Preise von 75 Pf. im Buchhandel sowie in der Geschäftsstelle der Zentrale für private Fürsorge erhältlich.

Teure Kiebitzeier.

Necht spät sind dieses Mal die in Berlin so sehr beliebten und stark begehrten Kiebitzeier eingetroffen, deren Preise sich zwischen 1,75 bis 2,50 M. für das Stück bewegen. In der Zentralmarkthalle wurden allerdings bisher kaum 150 Kiebitzeier bis heute angeboten und weitere Nachlieferungen sind wohl kaum zu erwarten. Im Jahre 1913/14 trafen die Kiebitzeier erheblich früher in der Reichshauptstadt ein, da wir Mitte März in der Zentralmarkthalle dieselben erstehen konnten. Damals allerdings zu erheblich teureren Preisen, da 4,50 M. und 5 M. verlangt wurden. Immerhin sind die jetzigen Preise auch noch hoch zu nennen, da bei starken Lieferungen und flottem Angebot im allgemeinen nur 1 M. bis 1,25 M. im Durchschnitt für das Stück gezahlt worden sind.

Wer kann wohl heute für Eier 1 M. bis 1,50 M. für das Stück zahlen?

Kein Verbrechen. Das Gericht von einem Morde war dieser Tage in der Alten Jakobstraße verurteilt. Dort wurde die Schneiderin Johanna Bad in ihrer Stube unter dem Bett liegend tot aufgefunden und sofort verbeizete sich das Gericht, daß ein Mord vorliege. Diese Annahme hat die Obduktion, die der Gerichtsarzt Dr. Stoerner vornahm, widerlegt. Die Näherin ist an einem Schlaganfall gestorben. Sie hatte schon lange tot in der Wohnung gelegen.

Straßenunfall eines Soldaten.

Vor dem Hause Verleberger Straße 59 wollte der Artillerist Otto Arndt die Vorderplattform eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens der Linie 24 besteigen. Er kam dabei zu Fall und geriet mit dem rechten Unterschenkel unter den seitlichen Schuttrahmen. Der Verunglückte, der einen Bruch des rechten Unterschenkels erlitten hatte, wurde durch Anheben des Wagens befreit und nach dem Krankenhaus Roaht gebracht.

Im Zirkus Sarrazani findet heute abend die Erstausführung von „Unsere Marine“, einer pantomimischen Episode in 7 Bildern statt.

Nadrennen im Sportpalast, 10. und 11. April.

Die von Deutschen Rennfahrer-Verbande veranstalteten Wohl- tätigkeits-Nadrennen fanden mit einem an zwei Abenden abgehaltenen Sechs-Stunden-Mannschafts-Rennen ihren Abschluß. Bei jeder der zwölf Entscheidungen, die das Rennen brachte, kam es zu heftigen Vorstößen, ebenso belebten mehrere von der Zuschauern ausgelegte Prämien das Tempo. Der Held des Tages war wiederum Mütt, der mit seinem Partner Bauer fast bei jeder Entscheidung den ersten Platz belegte und in der Wertung seinen Gegnern weit voraus war. Das Rennen hatte folgendes Ergebnis:

- 1. Mütt-Bauer 39 Punkte. 2. Lorenz-Pawke 45 P. 3. Hoffmann-Schiple 62 P. 4. Häusler-Weise 60 P. 5. Arnold-Rädlig 79 P. 6. Stabe-Krupat 85 P. 7. Petanow-Ruschlow 94 P. 8. Zeploff-Grüneberg 175 P. 9. Rädler-Müller 184 P. Stellbrun-Strahner ausgegeben.

Die von den Veranstaltern der Rennen zu wohltätigen Zwecken überwiesene Summe von 25,35 M. zeigt, daß bei solchen Wohl- tätigkeitsveranstaltungen den angegebenen Zwecken herzlich wenig zugeführt wird.

Gesperrt sind: Die Kranienstraße zwischen Heinrichplatz und Mantuffelstraße wegen der Ausführung von Gleisverneuerungsarbeiten vom 12. d. Mts. ab bis auf weiteres. — Die Sehdstraße wegen der Ausführung von Gleisverneuerungsarbeiten für den Fuhr- werksverkehr vom 12. d. Mts. ab zunächst auf der Strecke vom Spittelmarkt bis zu dem Grundstück Nr. 10, sodann von dort bis zur Alten Jakobstraße auf etwa 6 Wochen.

Aus den Gemeinden.

Die Mehilverzorgung im Kreise Teltow.

Der Landrat des Kreises Teltow hat jetzt eine Verordnung über die Mehilverzorgung der einzelnen Gemeinden erlassen, die am 15. April in Kraft tritt. Die Mehllieferung geschieht durch eine Berliner Großmühle, mit der auch die geschäftlichen Verpflichtungen von jeder einzelnen Gemeinde zu regeln sind. Kann eine Orts- behörde ihre Zahlungsverpflichtungen der Mühle gegenüber nicht erfüllen, so zahlt einstweilen die Kreisverwaltung. Die Mehllieferung an die Gemeinde wird jedoch solange unterbrochen, bis Zahlung erfolgt ist.

Die Verteilung des Mehlsbedarfes erfolgt auf Grund eines fest- gesetzten Verteilungsplanes in Monatsraten zunächst bis Ende Juni d. J. im voraus. Für den laufenden Monat wird vom 15. bis Ende d. Mts. nur die Hälfte der festgesetzten Mehlmenge geliefert. Von der festgesetzten Mehlmenge sind voraussichtlich 1/3 Kriegszweizemehl, 2/3 Roggenmehl.

Den Ortsbehörden wird empfohlen, sich zusammenzuschließen, um die Mehllieferung rationell zu gestalten und billige Frachten herbeizuführen. Die Unterverteilung an die Bäcker geschieht durch die Ortsbehörden entsprechend den vorgelegten Protokollen. Die Ortsbehörden, auch die der Berliner Brotkariengemeinschaft an- gehörenden, müssen die Verbrauchskontrolle fortführen, damit sie jederzeit den Verbleib des Mehles nachweisen können.

Nach dem Verteilungsplan erhält das größte Quantum Steglitz mit 9720 Zentnern pro Monat, dann folgt Vichterfelde mit 5456, Friedenau 5012, Köpenick 5786, Tempelhof 8594, Treptow 8437, Rowawes 2897, Mariendorf 2401, Beshendorf 2194, Wrig 1574,



Abtshof 1648 u. ff. bis zur kleinsteu Drifchoft Kleinbeuthen mit 0,5 Zentner.

### Aus der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.

Genosse **Mollenhauer** wurde mit 41 gültigen Stimmen zum unbesoldeten Stadtrat gewählt. Seine Bestätigung dürfte in nächster Zeit zu erwarten sein. — Außerdem brachte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag ein, den städtischen Arbeitern und Angestellten, deren Gehalt 2500 M. nicht übersteigt, während der Teuerung der Lebensmittel eine Teuerungszulage zu gewähren.

### Sozialpolitik in Schöneberg.

Eine am 10. April tagende, gut besuchte Versammlung der in städtischen Betrieben tätigen Arbeiter und Handwerker beschäftigten sich mit der jetzt beliebtesten Arbeiterpolitik des Magistrats. Im September vorigen Jahres stimmten die städtischen Arbeiter dem Vorschlag des Magistrats zu, in eine Arbeitszeit- und 10prozentige Lohnverkürzung zu willigen, um dadurch für Arbeitslose Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Ohne aber die Arbeiter resp. den Arbeiterausschuß auch nur zu hören, verfügte der Magistrat obendrein noch, daß auch die Zuschläge für Leberstunden- und Sonntagsarbeit in Fortfall kommen sollten. Der Stadtverordnetenversammlung gegenüber behauptete der Magistrat, den Tatsachen zuwider, daß auch der Entzug dieser Zuschläge im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuß erfolge. Die von den Arbeitern freiwillig und zwangsweise dargebrachten Opfer dienten aber, wie sich im Laufe der Zeit herausstellte, nicht dem vorgeschriebenen Zwecke. Anstatt Arbeitslose für die erwarteten Beträge einzustellen, hat man noch städtische Arbeiter entlassen. Hiergegen wandten sich die städtischen Arbeiter und erreichten mit Hilfe der sozialdemokratischen Stadtverordneten, daß vom 8. Februar ab die alten Arbeits- und Lohnverhältnisse wieder eingeführt wurden. Ihr Antrag, der erstmalig am 11. November 1914 verhandelt wurde, die zwangsweise und nach den Bestimmungen des Arbeitsvertrages widerrechtlich entzogenen Zuschläge für Leberstunden- und Sonntagsarbeit nach und weiterzuzahlen wurde innerhalb dreieinhalb Monaten seiner Antwort gewarbt. Erst auf die erneute Verhandlung des Antrages am 10. März durch den Arbeiterausschuß erhielt dieser eine Antwort. Dieselbe legt sich über die einwandfreien Bestimmungen des Arbeitsvertrages hinweg und erklärt mit dürren Worten, wenn es nicht passe, unter den vom Magistrat aufgezogenen Verschlechterungen zu arbeiten, der könne von dem Rechte der Kündigung Gebrauch machen. Diese Scheiterteilung erweckte in der Versammlung eine heftige Kritik. Ebenso beschwerten sich die Versammelten auch über die Richterledigung des bereits am 10. März im Arbeiterausschuß verhandelten Antrages betr. Gewährung einer Teuerungszulage. Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung in einer Resolution das dringende Ersuchen zu unterbreiten, die Teuerungszulage möglichst bald zu gewähren.

### Die Tätigkeit des Charlottenburger Mietseininigungsamtes

blickt jetzt auf eine Tätigkeit von 4 1/2 Monaten zurück. In dieser Zeit sind 700 Fälle bei ihm anhängig gemacht, von denen 259 im Vorverfahren und 402 im Hauptverfahren erledigt sind, während 198 ohne Ergebnis blieben und 89 noch schweben. Im Gegensatz zu Berlin ist die Tätigkeit des Mietseininigungsamtes in Charlottenburg nicht auf Wohnungen mit einem Mietpreis bis zu 500 M. beschränkt, es hat sich vielmehr die Schlichtung von Mietstreitigkeiten ganz allgemein zur Aufgabe gestellt, auch steht ihm die Befugnis zu, Mietsbeiträgen in Höhe bis zu 50 M. monatlich zu bewilligen. Von den anhängig gemachten Fällen betrafen nur 98 Wohnungen mit weniger als 500 M. Miete, dagegen 314 solche von 500 bis 1200 M., 228 solche von 1200—3000 M. und 60 solche mit mehr als 3000 M. Jahresmiete. Durch Vergleich wurden erledigt 904 Fälle, davon 19 mit Mietbeihilfen über 90 M., 69 mit Mietbeihilfen bis zu 90 M. und 216 ohne Mietbeihilfen. 15 Fälle erledigten sich durch Gutachten ohne Vergleich und 144 durch einfache Belehrung. Die Verleihung der Zwangsbezugsbefugnisse aus der Bundesratsverordnung vom 15. Dezember 1914 (Verpflichtung der Beteiligten zum Erscheinen vor dem Amt und zur Erteilung von Auskünften unter Strafandrohung) ist in Charlottenburg bisher nicht nachgeführt worden. Das Amt hat davon abgesehen, einmal weil die Beteiligten nur in ganz wenigen Fällen unentschuldig ausgeblieben sind oder die Auskunft verweigert haben, sodann weil die Verleihung der Zwangsbezugsbefugnisse nicht nur das Verfahren durch die Aufnahme der erforderlichen Justizvollstreckungsschwerflicher gestalten, sondern auch das Amt mit der Erstattung einer großen Anzahl überflüssiger Gutachten belasten würde, da die Bundesratsverordnung vom 15./2. 14 die Erstattung eines Gutachtens auch in solchen Fällen vorschreibt, in welchem der Schuldner eine Zahlungsfrist oder die sonstigen Mietswohlthaten der Bundesratsverordnung vom 7. und 18. August 1914 gar nicht in Anspruch nimmt.

### Steigerung der Armenlasten in Charlottenburg.

Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung Nachbewilligungen im Etat der Armenverwaltung in Höhe von 47 400 M. Zur Begründung wird ausgeführt, daß sich vom Standpunkt der Armenpflege aus betrachtet das Jahr 1914 fast ebenso ungünstig gestaltet hat wie die Jahre 1912 und 1913. Die in diesen Jahren erheblich angestiegenen Lebensmittelpreise haben auch in der Zeit vor dem Kriegsausbruch seinen wesentlichen Rückgang erfahren. Der in den letzten Jahren eingetretene Mangel an kleinen Wohnungen, der eine nachweisbare Steigerung der Mieten zur Folge hatte, besteht weiter. Auch die Anfang des Jahres 1914 auf verschiedenen Gebieten in erhöhtem Maße herrschende Arbeitslosigkeit hat besonders zur Erhöhung der Ausgaben aus Armenmitteln beigetragen. Nach dem Ausbruch des Krieges sind zwar infolge der Tätigkeit der Kriegs-Unterstützungskommissionen die Ausgaben an haren Unterstüngen, besonders an einmaligen, zurückgegangen, die Winder Ausgaben sind aber durch Ueberweisung von 35 000 M. an den Kriegshilfsfonds im wesentlichen wieder ausgeglichen. Bei anderen Etatsunterschieden sind dagegen infolge der durch den Krieg hervorgerufenen besonderen Maßnahmen die Ausgaben gestiegen, z. B. für Geburtsbeihilfen — hervorgerufen durch Ausstellung von Entbindungsscheinen für Frauen von Kriegsteilnehmern — sowie für Verpflegung von ostpreussischen Flüchtlingskindern in Familienhäusern. Auch der erhebliche Zuwachs an städtischen Pflegekindern und die damit verbundene Steigerung der Ausgaben für Pflegegelder, sowie der Kosten für Bekleidung dieser Kinder sind zu einem nicht geringen Teil auf den Krieg zurückzuführen, da mancher uneheliche Vater, der früher für sein Kind selbst sorgte, nach seiner Einberufung zum Kriegsdienst nicht mehr dazu in der Lage war. Alle diese Umstände haben der Armenverwaltung recht hohe Aufwendungen auferlegt und bei allem Streben zur Sparsamkeit unvermeidliche Mehrausgaben verursacht.

### 125 Proz. Steuerzuschlag in Viedsdorf.

In der letzten Gemeindevorsteherung wurde von Gemeindevorstand und Staatskommission zur Bilanzierung des diesjährigen Etats der Vorklage gemacht, die Einkommensteuerzuschläge auf 130 Proz. festzusetzen. Die Vertretung beschloß jedoch, die Zuschläge, auch für die Steuerpflichtigen mit doppeltem Wohnsitz und die Forensen, von 115 Proz. im Vorjahre auf 125 Proz. zu erhöhen. — Der Zuschlag zur staatlichen Kriegsunterstützung für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer wird nach der Bedürftigkeit bemessen. In der Regel werden 100 Proz. gewährt, in einigen Ausnahmefällen 50 Proz.

### Neuregelung der Brotmarkenausgabe in Rowawes.

Die Gemeinde will die Beobachtung gemacht haben, daß mit den bisher auf vier Wochen in gleicher Farbe ausgegebenen Brotmarken nicht sparsam genug wirtschaftet wird. Es sollen daher während der nächsten vier Wochen die Brotmarken für jede einzelne Woche in

Besonderer Farbe zur Ausgabe gelangen. Es werden ausgegeben: für die Woche vom 12. bis 18. April rote, für die Woche vom 19. bis 25. April gelbe, für die Woche vom 26. April bis 2. Mai blaue und für die Woche vom 3. bis 9. Mai lila Brotmarken. Für die laufende Woche, vom 12. d. M. ab, haben also nur die roten Brotmarken Gültigkeit.

Die Handwerkskassen in Neuföhren haben mit dem Ende des Winterhalbjahrs ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Eine kleine Ausstellung, verbunden mit einem Eisernabend, veranstaltete am Sonntag im „Karlsgarten“ die Gegenstände, die von Arbeiterkindern unter Leitung von Genossen und Genossinnen angefertigt worden waren. Am zahlreichsten waren von Mädchen angefertigte Arbeiten vertreten. Sie zeigten uns, wie mit Liebe und Geduld aus den einfachsten Mitteln Gegenstände hergestellt werden können, die nicht nur dem Zeitvertreib dienen und das Auge erfreuen, sondern auch einen mehr oder minder praktischen Wert besitzen. Besonders aber unter den seltener vertretenen Knabenarbeiten haben wir Gegenstände, die die Verwunderung der Laien hervorriefen. Es wäre wünschenswert, daß die Arbeiterkassen diesen Handfertigkeitssübungen in Zukunft größere Aufmerksamkeit widmen möchten.

## Berichtszeitung.

### Kindliche Kriegsphantasie.

Regie schon die Lektüre erfundener Indianergeschichten die Phantasie von Kindern und halbwüchigen jungen Leuten oft zu eigenartiger Betätigung ihres Latendranges an, so kann es nicht wundernehmen, daß das Miterleben des gewaltigen Krieges ähnliches zeitigt. Im Interesse der Jugend liegt es, sie vor solchen Gefahren nach Möglichkeit zu bewahren. Wie leicht für das spätere Leben der Kinder schwere Nachteile entstehen können, zeigt eine gestern vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I stattgebende Verhandlung. Dort hatten sich vier kleine Kriegssabenteurer gegen eine Anklage wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls zu verantworten.

Erschienen waren nur drei von ihnen, und zwar die 12- bis 14-jährigen Schüler Walter N. und Erich G. und der Bruder des ersteren, der Laubbursche Erich N. Der vierte Angeklagte hat nach der Mitteilung seiner Mutter Gelegenheit gefunden, in einen von hier abdampfenden Militärzug zu schlüpfen, er ist aber in Warburg entdeckt und festgenommen worden und sitzt zurzeit noch als völlig mittelalter Junge im dortigen Armenhause fest. Auf Anregung des Erich N. saßen die mit Kriegssabenteuren vollgepackten Jungen den Entschluß, nicht nur zu eigenen Taten auf den Kriegsschauplatz in Frankreich zu eilen, sondern auch den tapferen Kriegern einige Erfrischungen mitzubringen. Da sie sich sagten, daß sie mit einem Soldatengeld schwerlich umsonst mitgenommen werden würden, so fahndeten sie nach einer Quelle, um sich Geld zu verschaffen und hatten auch bald einen Plan ausgeheckt. Zwei von ihnen erdienten eines Tages in dem hiesigen Konditorladen in der Charitéstraße 9, und während der eine von der Verkäuferin einige Sahnehonbons kaufte, fand der andere Gelegenheit, den in der Ladentür hängenden Schlüssel abzugeben. Dieser sollte ihnen Abends nach Geschäftsschluß den Zugang zum Laden ermöglichen. Es wurde ihnen aber dadurch ein Streich durch die Rechnung gemacht, daß die Verkäuferin die Schlüssel vor der Ladentür herabließ und verschloß. Die Jungen wußten aber auf andere Weise in den Laden zu dringen: ein nach dem Hofe gehendes Fenster war nicht verschlossen, aber durch Eisenstäbe gesichert. Durch diese Stäbe zwängten sich die schwächlichen Bengel, kamen so in den Laden und nahmen mit, was sie an Schokoladentafeln nur in ihren Taschen bergen konnten. Auch die Ladentafel wurde ihres Inhalts von über 16 M. beraubt und auch ein der Verkäuferin gehöriger Brillantring wurde als gute Beute erachtet. Auf dem Wege, wie sie gekommen, traten die Eindringlinge auch den Rückweg an. Am nächsten Tage gaben sie sich ein Stellbischen auf dem Anhalter Bahnhof, um ihrem Plane gemäß zunächst nach Leipzig zu gelangen; von dort wollten sie, wie sie ganz übereinstimmend vor Gericht erklärten, auf Fuß nach Frankreich wandern. Auf dem Bahnhof erregten sie aber durch ihr ganzes Auftreten Verdacht, man nahm sie fest, und statt der Kriegssabenteurer, die sie zu erleben hofften, mußten sie mit den Brügeln, die sie von ihren Eltern erhalten, furchtbar nehmen. Sie laien das Gericht tränenden Auges um gut Wetter, mußten es aber doch über sich ergehen lassen, zu drei bzw. zwei und einer Woche Gefängnis verurteilt zu werden. Wenn sie sich längere Zeit tadellos führen, haben sie Aussicht auf Begnadigung.

Unrecht hätte das Gericht vielleicht nicht gehabt, wenn es angenommen hätte, den Knirpsen fehle die nötige Einsicht, und sie deshalb freigegeben hätte.

### Kriegsschwindler.

1. Ein Schwindler, der sich an die jugendlichen Voten der für die Heeresverwaltung liefernden Heimarbeiter herangemacht und diese empfindlich geschädigt hatte, wurde gestern von der 3. Strafkammer des Landgerichts I auf längere Zeit unzufällig unterhaft.

Aus der Untersuchungshaft wurde der „Waser“ Louis Scherer vorgeführt, um sich wegen Diebstahls im irrtümlich erlassenen Rückfalle zu verantworten. — Der Angeklagte ist schon mehrfach wegen Diebstahls vorbestraft; bei diesen Straftaten handelte es sich zum Teil darum, daß er den Voten, die irgendwelche Waren abzuliefern hatten, gegen Verprechung guter Belohnung einen Auftrag gab, um dann mit den Waren selbst zu verschwinden. Zur Anklage stand jetzt wieder ein ähnlicher Fall. Der Angeklagte hatte sich an einen Schiffsboden, der für einen Schneidermeister drei Militärmäntel abzuliefern hatte, herangemacht und dem Jungen zehn Pfennige geschenkt, für welche er sich Schokolade kaufen sollte. Der Junge ließ sich auch verstehen, dem Angeklagten das Paket zur Aufbewahrung zu überlassen; als er Schokoladelaund wiederkam, war der Schwindler verschwunden. — Mit Rücksicht auf die recht erhebliche Gemeingefährlichkeit derartiger Schwindeltaten erkannte die Strafkammer gegen den Angeklagten auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis.

2. Die Not der ostpreussischen Flüchtlinge hat sich der mit Zuchthaus vorbestrafte Drogist Max Lütlich, der gestern vor der hiesigen Strafkammer wegen wiederholten Betruges sich zu verantworten hatte, in seiner Weise zunutze zu machen verstanden.

Der Angeklagte machte sich die Aufgabe zunutze, in denen um Nachricht über vermiste Kinder aus Ostpreußen gebeten wurde. Ein für das Vorgehen des Angeklagten typischer Fall war der folgende: Der Angeklagte war im Laufe der Erörterungen über zwei angeblich von ihm ermittelte Kinder nach seiner Entfernung noch mit dem Dienstmädchen der betreffenden Herrschaft ins Gespräch gekommen und hatte ihr vorzugesagt, daß er von der vielen Arbeit an diesem Tage schon ganz erschöpft sei und sich schnell einmal restaurieren müsse. Er verstand es, das Mädchen zu bewegen, ihm bis zu seiner baldigen Wiederkehr 8 M. zu leihen und übergab ihr dafür zur Sicherheit einen an eine Frau Staatsanwaltschaft adressierten Brief mit angeblich 600 M. Inhalt, den er nach seiner Behauptung noch an demselben Tage besorgen müsse. Als er nicht zurückkehrte, wurde telefonisch die Frau Staatsanwaltschaft, deren Gemann im Felde steht, von der Abgabe eines Briefes an sie benachrichtigt; sie erschien sehr bald in großer Aufregung an Ort und Stelle und als sie den Brief öffnete, zeigte sich als sein Inhalt ein Stück Zeitungspapier und eine Postkarte! Der bald darauf festgenommene Schwindler ist vom Gericht zu einer Gefängnisstrafe von 11 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

## Aus aller Welt.

### Grubenexplosion.

Einer Meldung aus Hindenburg (Oberschlesien) zufolge sind auf der Konfordiagrube durch eine Explosion vier Mann getötet und sechs schwer verletzt worden.

### Pulverexplosion auf der Kleophasgrube.

Breslau, 12. April. Die die „Schlesische Zeitung“ aus Rattowig berichtet, fand heute morgen um 4 Uhr auf der Kleophasgrube bei Jalenze infolge von Unvorsichtigkeit eine Pulverexplosion statt. Drei Personen wurden getötet und drei schwer verletzt.

### Freigesprochen.

Paris, 12. April. Wie der „Matin“ meldet, wurde Hauptmann Gerail, welcher seine Gattin in einer Jornaufwallung erschossen hatte, weil sie ihm trotz Verbotes der Heeresleitung in die Armeesone nach Compiègne gefolgt war, vom Pariser Kriegsgericht freigesprochen.

### Parteiveranstaltungen.

**Erster Wahlkreis.** Die 1. Abteilung hält am Mittwoch einen gemeinsamen Jahlabend im Kleinen Gesellschaftshaus, im der Straßauer Straße 3, ab, in dem Genosse Bies-Steglich über Tagesfragen spricht.

**Erster Wahlkreis.** 2. Abteilung. Morgen Mittwoch: Jahlabend bei Löhne, Holzgartenstr. 6. Vortrag des Genossen Udo über: „Sozialpolitische Fragen der Gegenwart“.

**Zweiter Wahlkreis.** Morgen Mittwoch, in Habels Hof, Bergmannstr. 59: Gemeinsamer Jahlabend der 6. Abteilung. Vortrag des Genossen Dr. Meyer.

**Breslau.** Mittwoch, den 14. April: Gemeinsamer Jahlabend bei Scholz, Markgrafenstr. 6. Vortrag der Genossen W. Burm.

**Friedrichshagen.** Mittwoch, Jahlabend der gemeinsamen Jahlabend bei Sudbrink, Berliner Str. 98, statt.

**Friedrichshagen.** Am Mittwoch, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Lerche, Friedrichstr. 112: Gemeinsamer Jahlabend. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Geschäfts- und Kasienbericht.

**Alt-Glennide.** Der Jahlabend fällt aus, dafür findet am Sonntag, den 17. d. Mts., abends 8 Uhr, im Lokal von Schöfer, Schürerstraße, die Generalversammlung statt.

**Neuenhagen a. Chb.** Die Generalversammlung des Wahlkreises findet am Mittwoch, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Häfcher, Döbstr. 12, statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kasienbericht. 3. Verhändenes.

**Vohndorf.** Mittwoch, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung in „Villa Rahl“. Tagesordnung: 1. Verbandsbericht. 2. Kasienbericht. 3. Wahl des Vorstandes und der Kommissionen. 4. Vereinsangelegenheiten und Verhändenes.

**Chebrönoweide.** Gemeinsamer Jahlabend im großen Saale des Wilhelmshofes, abends 8 Uhr. Vortrag des Genossen Dr. Lenz über: „Die auswärtige Politik des Zarismus“. Mitgliedsbuch legitimiert.

### Jugendveranstaltungen.

**Treptow.** Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Jugendheim, Grenzstraße 7, Hof 1 Treptow, ein Vortrag statt. Referent: Käthe Dunsche. Thema: „Glaube und Wissenschaft“.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Abtshof.** Donnerstag, den 15. April, abends 6 1/2 Uhr, im Gemeindeamt, Bismarckstraße 1.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Endestr. 3, IV, Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Aufsatz und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Wohnenenthaltung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen frage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**29. 1868.** Wenden Sie sich an das Dänische rote Kreuz in Kopenhagen. Der Brief muß offen abgehandelt werden und den Berner Kriegsgelangenensendungen tragen; dann braucht er nicht frankiert werden. Erhalten Sie durch das rote Kreuz keine Verbindung, dann kommen Sie in unsere Sprechstunde; wir können Ihnen dann noch eine andere Adresse nachweisen. — **M. 2. 79.** Ja. — **B. 6. 1915.** Ja. — **A. 2. 10.** Wenden Sie sich an die Landesversicherungsanstalt in Dresden. — **A. 2. Ja. — G. 13. 99.** Ja. — **W. 29. 1. Ja. 2.** Wenn Bezirkskommando. — **C. 6. 13.** Nein. — **S. 99.** Sie müssen sich zu der Kontrollversammlung melden. — **G. 3. 62.** Wir sind der Meinung, daß Sie zur Zahlung nicht verpflichtet sind. Sie selbst ziehen Sie aber noch einen Rechtsanwalt zu Rate. Zum Abzug ist der Herr ohne weiteres nicht berechtigt; er müßte die Schuldsumme auf jeden Fall einlagen. Wenn der Verwalter nur von Ihnen als solcher eingeklagt ist, können Sie ihn doch kündigen und entlassen. — **G. 7. 12.** 1. Wegen Taugenselbsten dienstuntauglich; wegen Herzkrankheit dienstuntauglich. 2. Gebet in unserem Klima nicht; fragen Sie allenfalls einen Gärtner. — **F. 6. 1001.** Besser ist es, Sie melden sich. — **F. 2. 41.** Wegen nachweislicher Störungen der Gebrauchsfähigkeit größerer Gelente dienstuntauglich; melden Sie sich aber zur Kontrollversammlung. — **13. 6. 11.** Sie stehen unter dem Militärgericht. Sie können sich einen Rechtsanwalt nehmen. — **A. 1. 27.** Das geschieht doch jetzt schon täglich; es bedarf dazu keiner besonderen Zustimmung des Reichstags. — **S. 2. 25.** Ja. — **G. 2. 28.** 1. Sie können durch Entscheidung des Amtsgerichts bezwungen, vom Chemann getrennt zu leben; der Chemann kann zur Alimentation verpflichtet werden. 2. Wissen wir nicht. 3. Die Firma muß erst klagen. — **F. 6. 15.** Ja. — **A. 5. 3.** — **29. 6. 59.** 1. Wenn er eine Einigung mit dem Hypothekensäubiger erzielt, steht dem nichts im Wege. 2. Ja. 3. Nein. — **A. 3. 325.** Ja. **H. 7. 22.** Ja. — **A. 2. 32.** Der Sitz des Betriebes ist doch wohl in Berlin; das kommt für die Klage in Frage. Es wäre also das Berliner Gewerbegericht, Zimmerstraße, zuständig. — **C. C. 99.** Sie sind verpflichtet, die Police abzuliefern und auch an die Erben die Schulden zu zahlen. — **M. 2. 58.** Es herrscht darüber leider sehr viel Unklarheit; wir sind aber der Meinung, daß Sie verpflichtet sind, sich zur Kontrollversammlung zu melden. — **A. 6. 38.** Sie haben für dieses Jahr keine Kirchensteuer mehr zu zahlen; Sie müssen aber reklamieren, wenn Sie nochmals eingeklagt werden sollen. — **M. 2. 22.** Ja. — **R. 7. 21.** 1. Ja. 2. 6,80 M.; davon zahlt die eine Hälfte der Arbeitgeber, die andere der Arbeitnehmer. — **S. 7. 29.** Auch die von der Truppe als krank, dienstuntauglich, feind- oder garnisondienstuntauglich erlassenen Mannschaften des Verlaubtenhandes, des ausgebildeten und un ausgebildeten Landsturms, die sich noch nicht beim Bezirkskommando gemeldet haben, sind zur Teilnahme an den Kontrollversammlungen verpflichtet.

**Amthlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen.** (Eine Verbindlichkeit.)  
Montag, den 12. April 1915. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg. Dänisch 1a 87-100, da 11a 78-86, da 11a 70-77; Küchfleisch 1a 82-90, da 11a 76-81; Rüste, fett 74-86, da 74-77; Schweinefleisch 60-75; Pfeffer 65-90, Pfeffer, dänische, 59-69, Buxen, dänische, 67-79; Rindfleisch, Doppellender 132-142; Wastfälscher 1a 101-115, da 11a 64-99; Hälber ger. gen. 50-62, da 60-72; Schmalzfleisch: Schmalzfleisch 100-108; Schmalz 1a 94-99, da 11a 89-94; Schale 95-100, Schweinefleisch: Schweine, fettes 60-66, fettsüß 100-122, dan. Sauren 60-66, dan. Schweine 60-66. — **Gemüse:** inländisches: Kartoffeln, Daberche 50 kg 0,00; weiße Kartoffeln 0,00; Magnum bonum 0,00-0,00; Baltham 0,00; Porree, Schock 1,00-2,00; Sellerie, Schock 4,00-10,00; Spinat 50 kg 13,00-20,00; Kohlrößen 5,00-8,00; Wirtinger Schock 9,00-15,00; Wirtinger 50 kg 9,00-10,00; Weißkohl Schock 9,00-15,00, Weißkohl 12,00; Grünkohl 50 kg 00,00-00,00; Kohlrößen Schock 6,00-14,00; Keltener Röhben 50 kg 00,00-00,00, Röhben 50 kg 10,00-18,00; Polentahöl 50 kg 35,00-40,00, Weizenkitt Schock 7,00-14,00; Petersilienwurzel Schockbund 4,00-6,00; Zwiebeln 50 kg 18,00-21,00.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstagmittag.** Allgemein kühl, zeitweise heiter, jedoch vorwiegend wolfig und öfter wiederholte, im Osten ziemlich starke, sonst nur geringe Regen- oder Graupelhaufen.